

Solvay Chemicals GmbH Hannover

Prüfungsbericht Jahresabschluss, Lagebericht und Tätigkeitsabschluss 31. Dezember 2023

EY GmbH & Co. KG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Unverbindlicher Entwurf - nicht unterschrieben -
<p>Ggf. vor Durchsicht auf Rechen- und Schreibfehler dem Auftraggeber mit der Bitte überlassen, ihn spätestens bei Aushändigung der endgültigen Ausfertigung wieder zurückzugeben.</p> <p>Spätere Änderungen bleiben vorbehalten.</p> <p>Diese Entwurfsfassung unseres Prüfungsberichts richtet sich, ebenso wie dessen endgültige Ausfertigung, - unbeschadet eines etwaigen, gesetzlich begründeten Rechts Dritter zum Empfang oder zur Einsichtnahme - ausschließlich an Organe des Unternehmens. Soweit nicht im Rahmen der Auftragsvereinbarung zwischen dem Unternehmen und EY ausdrücklich erlaubt, ist eine Weitergabe an Dritte nicht gestattet.</p> <p><i>Notwithstanding any statutory right of third parties to receive or inspect it, this draft of our audit report, as well as the final version thereof, is addressed exclusively to the governing bodies of the Company. It may not be distributed to third parties unless such distribution is expressly permitted under the terms of engagement agreed between the Company and EY.</i></p>
EY GmbH & Co. KG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Offen:

- Vollständigkeitserklärung
- Subsequent Events
- Partner Review nach Finalisierung der Prüfung
- Finalisierung Prüfungshandlungen PT
- Finalisierung Prüfungshandlungen LT:
 - Dokumentation Whistleblowing Tool
 - Geschäftsführerverträge
- Update zur Anforderung Entgeltbericht: die Gesellschaft hat > 500 MA und ist zur Erstellung eines LB nach §§ 264 und 289 HGB verpflichtet. Handelt es sich

dahingehend um einen nicht tarifgebundenen und tarifyanwendenden Arbeitgeber, diese sind ab 2018 alle drei Jahre verpflichtet, einen Bericht für die vergangenen drei Jahre – bzw. den erstmaligen Bericht für das Jahr 2016 – anzufertigen (§ 22 Abs. 2 EntgTranspG), d.h. der Entgeltbericht für die Jahre 2020 - 2022 ist dem LB 2023 als Anlage beizufügen und im Unternehmensregister zu veröffentlichen.

Entwurf

Inhaltsverzeichnis

	Seite
A. Prüfungsauftrag	1
B. Wiedergabe des Bestätigungsvermerks	2
C. Grundsätzliche Feststellungen	9
Stellungnahme zur Lagebeurteilung durch die gesetzlichen Vertreter	9
D. Prüfungsdurchführung	11
I. Gegenstand der Prüfung	11
II. Art und Umfang der Prüfung	12
E. Feststellungen zur Rechnungslegung	14
I. Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung	14
II. Gesamtaussage des Jahresabschlusses	14
1. Bewertungsgrundlagen	14
2. Sachverhaltsgestaltende Maßnahmen	17
3. Zusammenfassende Beurteilung	18
F. Feststellungen zur Entflechtung in der Rechnungslegung nach § 6b Abs. 3 EnWG	18
G. Schlussbemerkung	20

Anlagen

- 1 Bilanz zum 31. Dezember 2023
- 2 Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 01. Januar bis 31. Dezember 2023
- 3 Anhang für das Geschäftsjahr 2023
- 4 Lagebericht für das Geschäftsjahr 2023
- 5 Tätigkeitsabschluss für das Geschäftsjahr 2023 gemäß § 6b Abs. 3 EnWG

Auftragsbedingungen, Haftung und Verwendungsvorbehalt
Allgemeine Auftragsbedingungen

Hinweis: Aus rechentechnischen Gründen können in Tabellen und bei Verweisen Rundungsdifferenzen zu den sich mathematisch exakt ergebenden Werten (Geldeinheiten, Prozentangaben usw.) auftreten.

Abkürzungsverzeichnis

Chemicals	Solvay Chemicals GmbH, Hannover
EnWG	Gesetz über die Elektrizitäts- und Gasversorgung (Energiewirtschaftsgesetz)
HGB	Handelsgesetzbuch
IDW	Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V., Düsseldorf
PS	Prüfungsstandard
SOLVAY GmbH	SOLVAY GmbH, Hannover

A. Prüfungsauftrag

Der Aufsichtsrat der Solvay Chemicals GmbH, Hannover, (im Folgenden kurz: „Gesellschaft“ oder „Chemicals“) hat uns aufgrund des Beschlusses der Gesellschafterversammlung vom 30. Januar 2024 mit der Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2023 unter Einbeziehung der zugrunde liegenden Buchführung und des Lageberichts beauftragt.

Weiterhin war gemäß § 6b Abs. 5 EnWG auch die Einhaltung der Pflichten zur Rechnungslegung nach § 6b Abs. 3 EnWG zu prüfen. Darüber hinaus sind wir beauftragt worden, die zusätzlichen Bestimmungen nach § 6b Abs. 6 EnWG zu berücksichtigen, die sich aus den Festlegungen nach § 29 Abs. 1 EnWG der zuständigen Regulierungsbehörde ergeben.

Bei unserer Abschlussprüfung haben wir die anwendbaren Vorschriften zur Unabhängigkeit beachtet.

Für diesen Auftrag gelten, auch im Verhältnis zu Dritten, unsere als Anlage beigefügten Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüferinnen, Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften vom 1. Januar 2024. Wir verweisen ergänzend auf die dort in Ziffer 9 enthaltenen Haftungsregelungen und auf den Haftungsausschluss gegenüber Dritten sowie die weiteren Bestimmungen der beigefügten Anlage „Auftragsbedingungen, Haftung und Verwendungsvorbehalt“.

Der vorliegende Prüfungsbericht richtet sich an die Gesellschaft.

B. Wiedergabe des Bestätigungsvermerks

Zu dem Jahresabschluss, dem Lagebericht und zur Rechnungslegung nach § 6b Abs. 3 EnWG haben wir folgenden Bestätigungsvermerk erteilt:

„Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die Solvay Chemicals GmbH

Vermerk über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der Solvay Chemicals GmbH, Hannover – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2023 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2023 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Solvay Chemicals GmbH für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2023 geprüft. Die in Abschnitt 6. des Lageberichts enthaltene Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289f Abs. 4 HGB (Angaben zur Frauenquote), haben wir in Einklang mit den deutschen gesetzlichen Vorschriften nicht inhaltlich geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2023 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2023 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar. Wir geben kein Prüfungsurteil zu dem Inhalt der oben genannten Erklärung zur Unternehmensführung ab.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter sind für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen umfassen die übrigen Bestandteile des Geschäftsberichts, mit Ausnahme des geprüften Konzernabschlusses und Konzernlageberichts, insbesondere

- die oben genannte Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289f Abs. 4 HGB (Angaben zur Frauenquote),
- die Angaben in den Abschnitten zum „Umweltschutz und Sicherheit“ sowie „Unfälle“

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, Lagebericht oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d. h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen

Handlungen oder Irrtümern ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist höher als das Risiko, dass aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können;
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben;

- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben;
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann;
- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt;
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Unternehmens;
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Sonstige gesetzliche und andere rechtliche Anforderungen

Vermerk über die Prüfung der Einhaltung der Rechnungslegungspflichten nach § 6b Abs. 3 EnWG

Prüfungsurteile

Wir haben geprüft, ob die Gesellschaft ihre Pflichten nach § 6b Abs. 3 Sätze 1 bis 5 EnWG zur Führung getrennter Konten für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2023 eingehalten hat. Darüber hinaus haben wir die Tätigkeitsabschlüsse für die Tätigkeiten Elektrizitätsverteilung und andere Tätigkeiten innerhalb des Elektrizitätssektors nach § 6b Abs. 3 Satz 1 EnWG – bestehend jeweils aus der Bilanz zum 31. Dezember 2023 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2023 sowie die als Anlage beigefügten Angaben zu den Rechnungslegungsmethoden für die Aufstellung der Tätigkeitsabschlüsse – geprüft.

- Nach unserer Beurteilung wurden die Pflichten nach § 6b Abs. 3 Sätze 1 bis 5 EnWG zur Führung getrennter Konten in allen wesentlichen Belangen eingehalten.
- Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entsprechen die beigefügten Tätigkeitsabschlüsse in allen wesentlichen Belangen den deutschen Vorschriften des § 6b Abs. 3 Sätze 5 bis 7 EnWG.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung der Einhaltung der Pflichten zur Führung getrennter Konten und der Tätigkeitsabschlüsse in Übereinstimmung mit § 6b Abs. 5 EnWG unter Beachtung des IDW Prüfungsstandards: Prüfung nach § 6b Energiewirtschaftsgesetz (IDW PS 610 n.F. (07.2021)) durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung der Einhaltung der Rechnungslegungspflichten nach § 6b Abs. 3 EnWG“ weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und

haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir wenden als Wirtschaftsprüfungsgesellschaft die Anforderungen des IDW Qualitätssicherungsstandards: Anforderungen an die Qualitätssicherung in der Wirtschaftsprüferpraxis (IDW QS 1 (09.2022)) an. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zur Einhaltung der Rechnungslegungspflichten nach § 6b Abs. 3 EnWG zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für die Einhaltung der Rechnungslegungspflichten nach § 6b Abs. 3 EnWG

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Einhaltung der Pflichten nach § 6b Abs. 3 Sätze 1 bis 5 EnWG zur Führung getrennter Konten. Die gesetzlichen Vertreter sind auch verantwortlich für die Aufstellung der Tätigkeitsabschlüsse nach den deutschen Vorschriften des § 6b Abs. 3 Sätze 5 bis 7 EnWG.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie als notwendig erachtet haben, um die Pflichten zur Führung getrennter Konten einzuhalten.

Die Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für die Tätigkeitsabschlüsse entspricht der im Abschnitt „Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht“ hinsichtlich des Jahresabschlusses beschriebenen Verantwortung mit der Ausnahme, dass der jeweilige Tätigkeitsabschluss kein unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens, Finanz- und Ertragslage der Tätigkeit zu vermitteln braucht.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung der Einhaltung der Rechnungslegungspflichten der Gesellschaft nach § 6b Abs. 3 EnWG.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung der Einhaltung der Rechnungslegungspflichten nach § 6b Abs. 3 EnWG

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen,

- ob die gesetzlichen Vertreter ihre Pflichten nach § 6b Abs. 3 Sätze 1 bis 5 EnWG zur Führung getrennter Konten in allen wesentlichen Belangen eingehalten haben und

- ob die Tätigkeitsabschlüsse in allen wesentlichen Belangen den deutschen Vorschriften des § 6b Abs. 3 Sätze 5 bis 7 EnWG entsprechen.

Ferner umfasst unsere Zielsetzung, einen Vermerk in den Bestätigungsvermerk aufzunehmen, der unsere Prüfungsurteile zur Einhaltung der Rechnungslegungspflichten nach § 6b Abs. 3 EnWG beinhaltet.

Die Prüfung der Einhaltung der Pflichten nach § 6b Abs. 3 Sätze 1 bis 5 EnWG zur Führung getrennter Konten umfasst die Beurteilung, ob die Zuordnung der Konten zu den Tätigkeiten nach § 6b Abs. 3 Sätze 1 bis 4 EnWG sachgerecht und nachvollziehbar erfolgt ist und der Grundsatz der Stetigkeit beachtet wurde.

Unsere Verantwortung für die Prüfung der Tätigkeitsabschlüsse entspricht der im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ hinsichtlich des Jahresabschlusses beschriebenen Verantwortung mit der Ausnahme, dass wir für den jeweiligen Tätigkeitsabschluss keine Beurteilung der sachgerechten Gesamtdarstellung vornehmen können.“

C. Grundsätzliche Feststellungen

Stellungnahme zur Lagebeurteilung durch die gesetzlichen Vertreter

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse halten wir die Darstellung und Beurteilung der Lage des Unternehmens und seiner voraussichtlichen Entwicklung durch die gesetzlichen Vertreter im Jahresabschluss und im Lagebericht für zutreffend.

Geschäftsverlauf und Lage der Gesellschaft

Hervorzuheben sind insbesondere die folgenden Aspekte:

- Die Umsatzerlöse betrugen im Jahr 2023 TEUR 494.727 und lagen damit um 15 % unter dem Vorjahreswert von TEUR 579.411. Grund für diesen Rückgang sind im Wesentlichen gesunkene Verkaufsmengen von Soda und Natriumbikarbonat sowie von Wasserstoffperoxid.

- Das Ergebnis aus Betriebstätigkeit ist im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 2.068 auf TEUR 67.768 gesunken. Maßgeblich hierfür sind im Wesentlichen die gesunkenen Umsatzerlöse.
- Die sonstigen betrieblichen Erträge sanken im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 34.917 (45,5 %) auf TEUR 41.831. Sie beinhalten hauptsächlich Kursgewinne aus der Abrechnung von derivativen Finanzinstrumenten in Höhe von TEUR 24.875 (Vorjahr: TEUR 41.624).
- Der Materialaufwand hat sich im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 96.074 (31,3 %) auf TEUR 210.430 verringert. Maßgeblich hierfür waren im Wesentlichen im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 130.041 gesunkene Energiekosten.
- Der an die SOLVAY GmbH abgeführte Gewinn ist um TEUR 16.244 auf TEUR 82.381 gesunken.
- Das kurzfristige Vermögen hat sich im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 48.357 (37,2 %) auf TEUR 81.600 verringert. Die Forderungen gegen verbundene Unternehmen sanken um TEUR 28.087, welche aus der Auszahlung des Vorjahresergebnisses von TEUR 98.625 resultieren.
- Das kurzfristige Fremdkapital sank im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 36.545 (16,6 %) auf TEUR 184.254. Dies ergab sich zum Großteil durch die Verringerung der Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen um TEUR 11.162. Dieser Rückgang resultiert im Wesentlichen aus der Ergebnisabführung an die SOLVAY GmbH sowie um TEUR 27.875 reduzierten Rückstellungen aus ausstehenden Rechnungen.
- Das langfristige Fremdkapital hat sich im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 15.247 (7,4 %) auf TEUR 189.884 reduziert. Dies ist im Wesentlichen auf den Rückgang des langfristigen Teils der sonstigen Verbindlichkeiten um TEUR 9.769 (11,8 %) zurückzuführen.

Voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft

Die Darstellung der voraussichtlichen Entwicklung der Gesellschaft im Lagebericht basiert auf Annahmen, bei denen Beurteilungsspielräume vorhanden sind. Wir halten diese Darstellung für plausibel. In diesem Zusammenhang ist insbesondere auf folgende Kernaussagen hinzuweisen:

- Die Geschäftsführung erwartet steigende Verkaufsmengen bei niedrigeren Verkaufspreisen für Soda und Natriumkarbonat, sodass mit geringeren Umsatzerlösen für das Geschäftsjahr 2024 kalkuliert wird. Bei Wasserstoffperoxid können höhere Verkaufsmengen sinkende Preise kompensieren. Die Geschäftsführung plant mit steigenden Umsatzerlösen von Wasserstoffperoxid. Insgesamt erwartet die Gesellschaft einen Rückgang der Umsatzerlöse im Geschäftsjahr 2024 um etwa 4 % im Vergleich zu 2023.
- Basierend auf den genannten Faktoren wird mit einem positiven Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit gerechnet, das deutlich unter dem Niveau des Geschäftsjahres 2023 liegt.
- Beim Finanzergebnis erwartet die Gesellschaft im Vergleich zum Vorjahr einen Anstieg der Ausschüttungen aus Beteiligungen in Höhe von mehr als 100 %.

D. Prüfungsdurchführung

I. Gegenstand der Prüfung

Im Rahmen des uns erteilten Auftrags haben wir gemäß § 317 HGB die Buchführung, den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - und den Lagebericht auf die Einhaltung der einschlägigen gesetzlichen Vorschriften geprüft.

Die maßgebenden Rechnungslegungsgrundsätze für unsere Prüfung des Jahresabschlusses waren die Rechnungslegungsvorschriften der §§ 242 bis 256a HGB und der §§ 264 bis 288 HGB, die Sondervorschriften des GmbH-Gesetzes und die wirtschaftszweigspezifischen Vorschriften des Energiewirtschaftsgesetzes. Ergänzende Bilanzierungsbestimmungen aus dem Gesellschaftsvertrag ergeben sich nicht. Prüfungskriterien für den Lagebericht waren die Vorschriften des § 289 HGB sowie des § 6b Abs. 7 Satz 4 EnWG.

Die Prüfung der Angaben in der Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289f Abs. 2 und 5 HGB im Lagebericht (Abschnitt 6.) ist gemäß § 317 Abs. 2 Satz 6 HGB darauf zu beschränken, ob die Angaben gemacht wurden.

II. Art und Umfang der Prüfung

Unsere Prüfung haben wir in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen.

Die Prüfung erstreckt sich nicht darauf, ob der Fortbestand des geprüften Unternehmens oder die Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit der Geschäftsführung zugesichert werden kann.

Grundlage unseres risikoorientierten Prüfungsansatzes ist die Entwicklung einer Prüfungsstrategie und eines darauf abgestimmten Prüfungsprogramms, mit dem Ziel ausreichende geeignete Prüfungsnachweise zu erlangen, um das Prüfungsrisiko auf ein vertretbar niedriges Maß zu reduzieren. Das Prüfungsprogramm enthält die von den Mitgliedern des Prüfungsteams durchzuführenden Prüfungshandlungen nach Art, zeitlicher Einteilung und Umfang.

Bei der Identifizierung und Beurteilung der Risiken wesentlicher falscher Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern auf Abschluss- und Aussageebene erlangen wir ein Verständnis von dem Unternehmen und dessen Umfeld, einschließlich des internen Kontrollsystems und ggf. der für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen. Diese Prüfungshandlungen zur Risikobeurteilung ergänzen wir um Datenanalysen. Darauf aufbauend führen wir ggf. Funktionsprüfungen durch, um die Wirksamkeit von relevanten Kontrollen zu beurteilen. Die Erkenntnisse aus diesen Prüfungshandlungen haben wir bei der Festlegung der aussagebezogenen analytischen Prüfungshandlungen und der Einzelfallprüfungen berücksichtigt, die darauf ausgerichtet sind, wesentlich falsche Darstellungen aufzudecken.

Bei der Planung und Durchführung der Prüfung als auch bei der Beurteilung der Auswirkungen von identifizierten falschen Darstellungen auf die Prüfung und von etwaigen nicht korrigierten falschen Darstellungen auf den Jahresabschluss und ggf. den Lagebericht haben wir das Konzept der Wesentlichkeit beachtet.

Unser Prüfungsprogramm hat folgende Schwerpunkte umfasst:

- Analyse des Prozesses der Jahresabschlusserstellung;
- Ansatz und Bewertung des Finanzanlagevermögens;
- Vollständigkeit und Bewertung der Rückstellungen;
- Realisierung und Abgrenzung der Umsatzerlöse;
- Erfüllung der Rechnungslegungspflichten nach § 6b EnWG;
- Prüfung der Angaben im Lagebericht, insbesondere prognostischer Angaben.

Weiterhin haben wir u. a. folgende Standardprüfungshandlungen vorgenommen:

- An der körperlichen Bestandsaufnahme des Vorratslagers haben wir in Bernburg und Rheinberg beobachtend teilgenommen.
- Bankbestätigungen haben wir von Kreditinstituten eingeholt. Rechtsanwaltsbestätigungen über schwebende Rechtsstreitigkeiten haben wir erbeten und erhalten.
- Von der zutreffenden Bilanzierung der Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen haben wir uns durch Einsicht in die Gegenbuchhaltung überzeugt.
- Die Arbeit eines vom Unternehmen eingesetzten Versicherungsmathematikers wurde für unsere Prüfung der Bilanzierung der Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen als Prüfungsnachweis genutzt. Wir haben, soweit notwendig, unter Berücksichtigung der Bedeutung der Tätigkeit des Sachverständigen für die Ziele unserer Abschlussprüfung, die Kompetenz, die Fähigkeiten und die Objektivität des Sachverständigen beurteilt, ein Verständnis von der Tätigkeit des Sachverständigen gewonnen und die Eignung der Tätigkeit des Sachverständigen als Prüfungsnachweis für die relevante Aussage beurteilt.
- Außerdem haben wir die Veränderungen der Posten des Jahresabschlusses mithilfe analytischer Verfahren auf ihre Plausibilität untersucht.

Alle von uns erbetenen Aufklärungen und Nachweise sind erbracht worden. Die gesetzlichen Vertreter haben uns die Vollständigkeit dieser Aufklärungen und Nachweise sowie der Buchführung, des Jahresabschlusses und des Lageberichts schriftlich bestätigt.

E. Feststellungen zur Rechnungslegung

I. Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht die Buchführung den gesetzlichen Vorschriften. Die aus weiteren geprüften Unterlagen entnommenen Informationen haben zu einer ordnungsgemäßen Abbildung in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht geführt.

Als zusammenfassendes Ergebnis unserer Prüfung, die sich auf

- die Ordnungsmäßigkeit der Bestandteile des Abschlusses und deren Ableitung aus der Buchführung,
- die Ordnungsmäßigkeit der im Anhang gemachten Angaben,
- die Beachtung der Ansatz-, Ausweis- und Bewertungsvorschriften,
- die Beachtung aller für die Rechnungslegung geltenden gesetzlichen Vorschriften einschließlich der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und aller größenabhängigen, rechtsformgebundenen oder wirtschaftszweigspezifischen Regelungen und
- die Beachtung von Regelungen des Gesellschaftsvertrags, soweit diese den Inhalt der Rechnungslegung betreffen,

erstreckt hat, haben wir den in Abschnitt B wiedergegebenen Bestätigungsvermerk erteilt.

II. Gesamtaussage des Jahresabschlusses

1. Bewertungsgrundlagen

Zu den angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden sowie den für die Bewertung von Vermögensgegenständen und Schulden maßgeblichen Faktoren einschließlich etwaiger Auswirkungen von Änderungen an diesen Methoden machen wir folgende Angaben:

Finanzanlagevermögen

Das Finanzanlagevermögen setzt sich im Wesentlichen aus den von der Chemicals gehaltenen Anteilen an verbundenen Unternehmen (TEUR 106.041) zusammen.

Für die Überprüfung der Beteiligungen auf Wertminderungen verwendet die Gesellschaft das Discounted-Cashflow-Verfahren. Hierbei werden die auf Basis der aktuellen Unternehmensplanung erwarteten Cashflows mit einem länder- und branchenspezifischen Kapitalkostensatz (WACC) diskontiert. Sowohl die Planung als auch der Diskontierungszinssatz stellen damit die wesentlichen wertbeeinflussenden Parameter dar.

Der Detailplanungszeitraum für die Cashflows beträgt in der Regel vier Jahre. Ab dem vierten Jahr wird eine ewige Rente unterstellt. Für die Diskontierung der ewigen Rente inländischer Beteiligungen wird regelmäßig ein Wachstumsabschlag auf den WACC von 1,5 % vorgenommen.

In der folgenden Tabelle sind die Beteiligungen mit den höchsten Buchwerten bzw. höchsten kumulierten Abschreibungen dargestellt:

	Historische Anschaffungs- kosten TEUR	Kumulierte Abschreibungen 31.12.2023 TEUR	Buchwerte 31.12.2023 TEUR
Solvay Sisecam Holding AG, Wien, Österreich	98.000	-	98.000
Carrières les Peton S.P.R.L., Walcourt, Belgien	10.544	6.525	4.019
Salzgewinnungsgesellschaft Westfalen mbH & Co. KG, Hannover	3.331	-	3.331
	111.875	6.525	105.350

Forderungen aus Lieferungen und Leistungen

Die Gesellschaft weist unter den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen wie auch im Vorjahr eine Forderung gegen die Mitteldeutsche Netzgesellschaft Strom mbH, Halle (Saale), aus der Einspeisung elektrischer Energie zur Spitzenlastzeit („grid peak“) in Höhe von TEUR 2.698 (Vorjahr: TEUR 5.082) aus. Darüber hinaus hat die Gesellschaft von der Mitteldeutschen Netzgesellschaft Strom mbH in 2023 erstmalig unterjährige Vorauszahlungen in Höhe von TEUR 3.641 für Einspeisung elektrischer Energie zur Spitzenlastzeit erhalten. Die Forderung resultiert aus der Einspeisung von Strom zur Spitzenlastzeit am 07. Dezember 2023 in das öffentliche Netz. Die Bewertung der Forderung und der erfassten Umsatzerlöse in Höhe von TEUR 6.339 ist teilweise mit Unsicherheiten behaftet und beruht im Wesentlichen auf der eingespeisten Menge innerhalb eines 15-Minuten-Zeitraums am 07. Dezember 2023 von 140.900 kW. Der gesetzlich vorgegebene Preis von EUR 61,15/kWh (Höhe wie im Vorjahr) ist mit einem Faktor zu bewerten, der zum Zeitpunkt der Abschlusserstellung der Gesellschaft noch nicht bekannt war und der das Verhältnis der höchsten Netzlast zur aus dem vorgelagerten Netz erfolgten Einspeisung abbildet. Dieser Faktor in Höhe von 0,66 (Vorjahr: 0,65) basiert auf den Erfahrungen der Geschäftsführung.

Pensionsrückstellungen

Mit einem unter dem 22. Dezember 2020 / 28. Januar 2021 unterzeichneten „Treuhandvertrag zur Sicherung von Versorgungsansprüchen“ zwischen der SOLVAY GmbH sowie der Chemicals und der Mercer Treuhand GmbH, Frankfurt am Main, als Treuhänder wurde eine Vereinbarung zur Übertragung von Vermögen durch die Chemicals auf ein Treuhandkonto getroffen. Ziel der Vereinbarung ist unter anderem, durch die treuhänderische Übertragung der zur Rückdeckung und Insolvenzsicherung der Versorgungsansprüche erforderlichen Vermögensmittel auf den Treuhänder in dem Jahresabschluss eine Verrechnung nach § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB zu erreichen. Der beizulegende Zeitwert des Deckungsvermögens beträgt zum 31. Dezember 2023 insgesamt TEUR 79.888 (Vorjahr: TEUR 86.742). Zum Bilanzstichtag wurde eine Saldierung des Treuhandvermögens mit entsprechenden Pensionsverpflichtungen vorgenommen.

Sonstige Rückstellungen

Die Gesellschaft weist zum 31. Dezember 2023 Rückstellungen für Umweltschutzverpflichtungen von TEUR 17.187 (Vorjahr: TEUR 23.006) aus, die Rekultivierungs- bzw. Renaturierungsverpflichtungen vornehmlich mit Bezug auf Deponien, Kalkteiche, Bohrlöcher und einen Kalksteinbruch abdecken. Deren Bewertungsgrundlagen werden

durch die gesetzlichen Vertreter in Anbetracht der Komplexität der Bewertungssachverhalte und des damit verbundenen hohen Erstellungsaufwands nur in zeitlich größeren Abständen oder bei grundlegend veränderten Rahmenbedingungen oder Erkenntnissen aktualisiert. Ausgehend von der unter Hinzuziehung interner und externer Sachverständiger erstellten Bewertungsbasis werden die Rückstellungen regelmäßig unter der Berücksichtigung der bis zum jeweiligen Erfüllungszeitpunkt prognostizierten Preisentwicklung und der nach dem Verursachungsprinzip gebotenen Aufwandsperiodisierung fortgeschrieben. Soweit sich der Verpflichtungsumfang wirtschaftlich durch die in künftigen Jahren ausgeübte Geschäftstätigkeit bestimmt, werden die Rückstellungsbeträge nach einer verursachungsgerecht erfolgenden Schlüsselung angesammelt. Für zukünftige, in den Jahren nach Vornahme der Basisbewertung bis zum Fälligkeitszeitpunkt erwarteten Preissteigerungen wurde für die Jahre 2024 und 2025 ein jährlicher Inflationszuschlag von 2,6 % p. a. bzw. 1,9 % p. a. angesetzt. Für die darauffolgenden Jahre wurde ein jährlicher Inflationszuschlag von 1,5 % p. a. angesetzt. Im Vorjahr wurde die Inflation mit 7,0 % p.a. für das Jahr 2023 und mit 4,0 % p.a. für 2024 berücksichtigt. Die Rückstellungsbeträge entsprechen jeweils den Barwerten der Verpflichtungen, die unter Anwendung der von der Deutschen Bundesbank (Stand: Dezember 2023) für die jeweiligen Auszahlungszeitpunkte veröffentlichten durchschnittlichen Marktzinssätze der vergangenen sieben Jahre ermittelt wurden. Dabei liegen die Diskontierungzinssätze in einer Spanne von 0,99 % p. a. bis 1,80 % p. a. (Vorjahr: 0,43 % p. a. bis 1,54 % p. a.).

Im Übrigen verweisen wir auf die Ausführungen im Anhang (Anlage 3) zu weiteren Bewertungsgrundlagen.

2. Sachverhaltsgestaltende Maßnahmen

Factoring

Die Gesellschaft veräußert Forderungen aus Lieferungen und Leistungen im Rahmen einer Factoring-Vereinbarung mit der Solvay S.A., Brüssel, Belgien. Das Delkredererisiko geht dabei in voller Höhe auf die Solvay S.A. über. Das Factoring bewirkt eine Verminderung des Forderungsbestands bei der Chemicals. Die an die Solvay S.A. veräußerten Forderungen belaufen sich (einschließlich Umsatzsteuer) zum 31. Dezember 2023 TEUR 6.669 (Vorjahr: TEUR 2.829).

3. Zusammenfassende Beurteilung

Nach unserer pflichtgemäß durchgeführten Prüfung sind wir zu der in unserem Bestätigungsvermerk getroffenen Beurteilung gelangt, dass der Jahresabschluss insgesamt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.

F. Feststellungen zur Entflechtung in der Rechnungslegung nach § 6b Abs. 3 EnWG

Unsere Prüfung hat sich gemäß § 6b Abs. 5 EnWG auch auf die Prüfung der Einhaltung der Pflichten zur Rechnungslegung nach § 6b Abs. 3 EnWG erstreckt. Danach ist neben dem Vorhandensein getrennter Konten auch zu prüfen, ob die Wertansätze und die Zuordnung der Konten sachgerecht und nachvollziehbar erfolgt sind und der Grundsatz der Stetigkeit beachtet worden ist. Dies schließt die Beurteilung der Frage ein, ob die Abgrenzungen der Tätigkeiten sachgerecht vorgenommen und die Leistungsbeziehungen zwischen den Tätigkeiten zutreffend abgebildet wurden. Die Prüfung hat sich ferner darauf zu erstrecken, ob, soweit von einer direkten Zuordnung von Konten abgesehen wurde, dieser Verzicht zulässig war und eine Schlüsselung von Konten sachgerecht und für Dritte nachvollziehbar vorgenommen wurde.

Als zusammenfassendes Ergebnis unserer durch § 6b Abs. 5 EnWG erweiterten Prüfung, die sich auf

- die Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung nach § 6b Abs. 3 EnWG, wonach jeweils getrennte Konten für jeden der folgenden Tätigkeitsbereiche des Unternehmens:
 - Elektrizitätsverteilung
 - andere Tätigkeiten außerhalb des Elektrizitäts- und Gassektors

einzurichten und so zu führen sind, wie dies erforderlich wäre, wenn diese Tätigkeiten von rechtlich selbständigen Unternehmen ausgeführt würden;

- die Beschreibung i. S. d. § 6b Abs. 3 Satz 7 EnWG der in der Rechnungslegung nach § 6b Abs. 3 EnWG angewandten Regeln einschließlich der Abschreibungsmethoden, nach denen die Gegenstände des Aktiv- und Passivvermögens sowie die Aufwendungen und Erträge den genannten Konten zugeordnet worden sind, die Bestandteil der Tätigkeitsabschlüsse ist,

erstreckt hat, haben wir den im Bestätigungsvermerk (wiedergegeben in Abschnitt B.) enthaltenen Vermerk über die Prüfung der Einhaltung der Rechnungslegungspflichten nach § 6b Abs. 3 EnWG erteilt.

Entwurf

G. Schlussbemerkung

Den vorstehenden Bericht über unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2023 der Solvay Chemicals GmbH, Hannover, sowie über unsere Prüfung der Einhaltung der Rechnungslegungspflichten nach § 6b Abs. 3 EnWG erstatten wir in Übereinstimmung mit § 321 HGB unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Erstellung von Prüfungsberichten des Instituts der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V., Düsseldorf (IDW PS 450 n. F. (10.2021)).

Hamburg,

EY GmbH & Co. KG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Barnstedt
Wirtschaftsprüfer

Friedrich
Wirtschaftsprüferin

PASSIVA

- mit Vergleichszahlen des Vorjahres -

PASSIVA

[illegible]

Anlage 2

Solvay Chemicals GmbH, Hannover

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 01. Januar bis 31. Dezember 2023

	2023		2022	
	EUR	EUR	EUR	EUR
1. Umsatzerlöse	494.772.462,69		579.410.740,24	
2. Erhöhung des Bestandes an fertigen Erzeugnissen	2.042.493,17		1.057.886,40	
3. Andere aktivierte Eigenleistungen	<u>1.410.278,58</u>		<u>1.081.366,63</u>	
4. Gesamtleistung		498.225.234,44		581.549.993,27
5. Sonstige betriebliche Erträge		41.831.140,09		76.748.268,60
6. Materialaufwand:				
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	207.080.315,31		305.027.118,10	
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>3.349.430,90</u>	<u>210.429.746,21</u>	<u>1.477.113,10</u>	<u>306.504.231,20</u>
7. Rohergebnis		329.626.628,32		351.794.030,67
8. Personalaufwand:				
a) Löhne und Gehälter	55.271.195,62		51.290.815,10	
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	<u>10.859.742,72</u>	<u>66.130.938,34</u>	<u>22.790.512,00</u>	<u>74.081.327,10</u>
9. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		25.247.445,00		24.810.948,90
10. Sonstige betriebliche Aufwendungen		<u>170.479.537,97</u>		<u>187.200.885,57</u>
11. Betriebsergebnis		67.768.707,01		65.700.869,10
12. Erträge aus Beteiligungen		18.353.116,59		41.087.001,58
13. Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens		2.529,60		0,00
14. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		1.821.257,67		76.434,28
15. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		<u>4.272.984,80</u>		<u>6.998.353,87</u>
16. Ergebnis nach Steuern		83.672.626,07		99.865.951,09
17. Sonstige Steuern		1.291.692,23		1.241.216,73
18. Aufgrund eines Gewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne		82.380.933,84		98.624.734,36
19. Jahresüberschuss/Bilanzgewinn		0,00		0,00

Solvay Chemicals GmbH, Hannover

Anhang für das Geschäftsjahr 2023

Erläuterung zum Jahresabschluss 2023

Allgemeine Angaben

Die Solvay Chemicals GmbH ist ein Unternehmen des Solvay-Konzerns und im Handelsregister des Amtsgerichts Hannover unter der Nummer HRB 58646 eingetragen. Gesellschafterin der Solvay Chemicals GmbH ist die Solvay GmbH, Hannover, mit einem Anteil von 100 % am Stammkapital von EUR 12.000.000,00.

Die Solvay Chemicals GmbH wird in den Konzernabschluss der Solvay S.A., Brüssel/Belgien, einbezogen, die den Konzernabschluss für den größten und den kleinsten Kreis von Unternehmen aufstellt. Er wird bei der belgischen Nationalbank unter der Unternehmensnummer 0403091220 auf folgender Internetseite hinterlegt: <https://consult.cbso.nbb.be/consult-enterprise>. Weitere Teilkonzernabschlüsse werden nicht aufgestellt. Die Befreiungsregelungen von der Konzernrechnungslegungspflicht des § 291 HGB werden von der Solvay Chemicals GmbH in Anspruch genommen.

Die Solvay Chemicals GmbH ist als Unternehmen, das in der mineralgewinnenden Industrie tätig ist oder Holzeinschlag in Primärwäldern betreibt, grundsätzlich verpflichtet, nach § 341s und § 341w HGB einen Zahlungsbericht für jedes Geschäftsjahr beim Betreiber des Unternehmensregisters in elektronischer Form offenzulegen. Die Solvay Chemicals GmbH ist in den Konzernzahlungsbericht der Solvay S.A., Brüssel/Belgien, einbezogen. Dieser wird jährlich auf folgender Internetseite veröffentlicht¹: <https://ml-eu.globenewswire.com/Resource/Download/576c2c77-ad99-4825-afa5-8e8db32983ae>.

Daher ist die Solvay Chemicals GmbH als Tochtergesellschaft der Solvay S.A. Brüssel/Belgien nach § 341s Abs. 2 HGB von der Offenlegungspflicht befreit.

Mit der Solvay GmbH, Hannover, besteht ein Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag.

Der Jahresabschluss der Solvay Chemicals GmbH für das Geschäftsjahr 2023 ist nach den Vorschriften der §§ 242 ff. Und §§ 264 ff. des Handelsgesetzbuches sowie den ergänzenden Vorschriften des GmbHG aufgestellt worden.

Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

Um die Klarheit der Darstellung zu vergrößern, werden Angaben zu den Restlaufzeiten der Forderungen und Verbindlichkeiten und davon-Vermerke im Anhang gemacht.

¹ Intern zu finden bei Solvay unter: <https://www.solvay.com/en/regulated-news> unter „annual integrated report“

Anwendung gesetzlicher Vorschriften

Die Erstellung des Jahresabschlusses erfolgte nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches.

Im Interesse der Klarheit der Darstellung sind nach § 265 Abs. 7 Nr. 2 HGB einige Posten der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung zusammengefasst und stattdessen im Anhang gesondert ausgewiesen.

Angaben nach dem Energiewirtschaftsgesetz

Die Solvay Chemicals GmbH ist gemäß § 3 Nr. 38 EnWG ein vertikal integriertes Energieversorgungsunternehmen und hat damit die sich hieraus ergebenden Rechnungslegungs- und Buchhaltungspflichten zu erfüllen. In diesem Zusammenhang verweisen wir auf den Tätigkeitsabschluss gemäß § 6b Abs. 3 EnWG.

Es existieren keine Geschäfte größeren Umfangs mit verbundenen oder assoziierten Unternehmen i. S. d. § 6b Abs. 2 EnWG, die in einem sachlichen oder wirtschaftlichen Zusammenhang mit den regulierten Tätigkeiten stehen.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Für die Aufstellung des Jahresabschlusses waren unverändert die nachfolgenden Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden maßgebend.

Entgeltlich erworbene **immaterielle Vermögensgegenstände** des Anlagevermögens werden zu Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige lineare Abschreibungen, angesetzt. Die immateriellen Vermögensgegenstände werden regelmäßig über einen Zeitraum von drei bis 20 Jahren abgeschrieben.

Das **Sachanlagevermögen** ist zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten bewertet, vermindert um planmäßige Abschreibungen bzw. um steuerlich zulässige Sonderabschreibungen (bis zum 31. Dezember 2009) oder handelsrechtlich gebotene außerplanmäßige Abschreibungen. In die Herstellungskosten der selbsterstellten Anlagen werden neben den direkt zurechenbaren Material- und Lohnkosten auch anteilige Material- und Fertigungsgemeinkosten einbezogen.

Den planmäßigen Abschreibungen liegen die steuerlich zulässigen Abschreibungssätze zugrunde, soweit sie den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung entsprechen. Dabei kommen für die einzelnen Anlagegruppen regelmäßig folgende Abschreibungszeiträume zum Tragen:

	Jahre
Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	25 bis 50
Technische Anlagen und Maschinen	10 bis 20
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	5 bis 10

Das bewegliche Sachanlagevermögen wird grundsätzlich linear abgeschrieben.

Geringwertige Wirtschaftsgüter mit Anschaffungskosten bis zu EUR 250,00 werden im Jahr des Zugangs voll abgeschrieben bzw. als Aufwand erfasst. Vermögensgegenstände, deren Anschaffungskosten über EUR 250,00 liegen und EUR 1.000,00 nicht übersteigen, werden im Jahr der Anschaffung in einem Sammelposten zusammengefasst und linear über 5 Jahre abgeschrieben. Die Abschreibungen auf Zugänge des Sachanlagevermögens werden zeitanteilig vorgenommen.

Finanzanlagen werden zu Anschaffungskosten bzw. dem niedrigeren Wert, der ihnen am Abschlussstichtag beizulegen ist, bewertet. Falls der beizulegende Wert wieder gestiegen ist, wird eine Zuschreibung vorgenommen, soweit dadurch nicht die Anschaffungskosten überschritten werden. Unverzinsliche Ausleihungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr werden abgezinst.

Die Bewertung der **Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe** sowie der Bestände an **Handelswaren** erfolgt zu durchschnittlichen Anschaffungskosten unter Beachtung des Niederstwertprinzips.

Fertige Erzeugnisse sind mit den durchschnittlichen Herstellungskosten, die auf Basis der tatsächlichen Kosten ermittelt werden, bewertet. Sie beinhalten neben den einzeln zurechenbaren Material- und Fertigungskosten auch angemessene Teile der notwendigen Material- und Fertigungsgemeinkosten sowie den Wertverzehr der Produktionsanlagen. Nicht-aktivierungspflichtige Kostenanteile der allgemeinen Verwaltung und Sozialgemeinkosten werden aktiviert. Das Niederstwertprinzip wird beachtet.

Alle erkennbaren Risiken im Vorratsvermögen, die sich aus überdurchschnittlicher Lagerdauer, geminderter Verwertbarkeit und niedrigeren Wiederbeschaffungskosten ergeben, sind durch angemessene Abwertungen berücksichtigt.

Abgesehen von handelsüblichen Eigentumsvorbehalten sind die Vorräte frei von Rechten Dritter.

Der Bewertung von **Forderungen** und **sonstigen Vermögensgegenständen** liegen die Nominalwerte zugrunde. Valutaforderungen werden mit dem Devisenkassamittelkurs am Abschlussstichtag bewertet. Erkennbare Ausfallrisiken werden durch individuell ermittelte Abschläge abgedeckt. Die Gesellschaft veräußert Forderungen aus Lieferungen und

Leistungen im Rahmen einer Factoring-Vereinbarung mit der Solvay S.A., Brüssel/ Belgien. Das Delkredererisiko geht dabei in voller Höhe auf die Solvay S.A. über. Das Factoring bewirkt eine Verminderung des Forderungsbestands bei der Solvay Chemicals GmbH. Die an die Solvay S.A. veräußerten Forderungen belaufen sich (einschließlich Umsatzsteuer) zum 31. Dezember 2023 auf TEUR 6.669 (Vorjahr: TEUR 2.829). Unverzinsliche oder niedrig verzinsliche Forderungen mit einer Laufzeit von mehr als einem Jahr sind abgezinst.

Sofern Verpflichtungen aus Altersversorgung oder ähnlichen langfristigen Verpflichtungen durch insolvenzgeschützte Rückdeckungsversicherungen oder durch im Rahmen insolvenzfester Treuhandvereinbarungen hinterlegte Wertpapiere gedeckt und dem Zugriff der übrigen Gläubiger entzogen sind, werden die beizulegenden Zeitwerte des Deckungsvermögens mit den dazugehörigen Verpflichtungen verrechnet.

Die **aktiven Rechnungsabgrenzungsposten** enthalten Ausgaben vor dem Abschlussstichtag, die Aufwand für eine bestimmte Zeit nach diesem Tag darstellen.

Die Bewertung der Rückstellungen für **Pensionen** und ähnliche Verpflichtungen erfolgt nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren (Projected-Unit-Credit-Methode) auf Basis der biometrischen Rechnungsgrundlagen der „Richttafeln 2018 G“ von Prof. Dr. Klaus Heubeck. Zukünftig erwartete Entgelt- und Rentensteigerungen werden in den versicherungsmathematischen Berechnungen und Annahmen in angemessener Weise berücksichtigt. Dabei wird unverändert von einer Gehaltsdynamik von 3,5 % p.a. und einer Rentendynamik von 2,25 % p.a. (Vorjahr: ebenfalls 2,25 % p.a.) ausgegangen. Bei den Anwartschaften wird von einer Fluktuation von 1,52 % p.a. – 9,74 % p.a. (Vorjahr: 1,32 % p.a. – 3,58 % p.a.) gestaffelt nach Alter ausgegangen. Der für die Bewertung der Verpflichtungen zum Erfüllungsbetrag angewandte Abzinsungssatz beläuft sich zum Bilanzstichtag auf 1,83 % p.a. (Vorjahr: 1,78 % p.a.). Hierbei handelt es sich um den für den Bilanzstichtag veröffentlichten durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen zehn Geschäftsjahre, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt. Auswirkungen einer Änderung des Abzinsungssatzes auf den Erfüllungsbetrag werden im Zinsergebnis erfasst. Soweit Pensionsverpflichtungen ausschließlich durch den Wert des gehaltenen Deckungsvermögens bestimmt werden, sind die Pensionsrückverpflichtungen mit dem beizulegenden Zeitwert der Deckungswerte bewertet.

Die **sonstigen Rückstellungen** berücksichtigen alle erkennbaren Risiken aus schwebenden Geschäften und ungewisse Verpflichtungen. Sie werden nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung bemessen. Die Bewertung zum Erfüllungsbetrag erfolgt unter Berücksichtigung zu erwartender Kosten- und Preissteigerungen. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr werden nicht abgezinst. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr werden mit laufzeitadäquaten durchschnittlichen Marktzinssätzen der vergangenen sieben Geschäftsjahre, die von der Deutschen Bundesbank ermittelt und bekannt gegeben werden, abgezinst. Die angewandten Zinssätze liegen zwischen 0,99 % und 1,80 % (Vorjahr: 0,43 % und 1,94 %). Für Personalrückstellungen mit biometrischen Risiken kommt wie bei den Pensionsrückstellungen der ermittelte Marktzinssatz für eine Restlaufzeit von 15 Jahren zur Anwendung. Hinsichtlich der Berücksichtigung zukünftig erwarteter Veränderungen in der Bemessungsgrundlage sind bei den Personalrückstellungen die für Pensionsrückstellungen getroffenen Annahmen analog zur Anwendung gelangt. Soweit langfristige Verpflichtungen gegenüber dem Per-

sonal ausschließlich durch den Wert des gehaltenen Deckungsvermögens bestimmt werden, sind die langfristigen Personalrückstellungen mit dem beizulegenden Zeitwert der Deckungswerte bewertet.

Verbindlichkeiten werden zu ihrem Erfüllungsbetrag am Bilanzstichtag angesetzt. Verbindlichkeiten in fremder Währung werden zum Devisenkassamittelkurs am Bilanzstichtag umgerechnet.

Forwards für Erdgas und elektrische Energie, die zur Absicherung des Gas- bzw. Strompreisrisikos abgeschlossen werden, bilden zusammen mit den zugehörigen Grundgeschäften eine Bewertungseinheit. Dabei müssen sowohl das Grund- als auch das Sicherungsgeschäft bei jeweils identischem Nominalvolumen dem gleichen Preisänderungsrisiko ausgesetzt sein. Die Erfassung von Wertänderungen in der Bilanz sowie gegenläufigen Zahlungsströmen in der Gewinn- und Verlustrechnung unterbleibt, da sich durch Übereinstimmung der wesentlichen Merkmale der Transaktionen die Wertänderungen und Zahlungsströme ausgleichen. Die Effektivität der Sicherungsbeziehung wird mit der critical-terms-match-Methode nachgewiesen. Die in den Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesenen davon-Vermerke zu Preissicherungsgeschäften enthalten sowohl realisierte als auch nicht realisierte Währungskursdifferenzen.

Erläuterungen zur Bilanz (Werte in TEUR)

Anlagevermögen

Anschaffungs-/Herstellungskosten:

Anlageposten in TEUR	Anfangsbe- stand	Zugänge	Abgänge	Umbu- chungen	End-be- stand
I. Immaterielle Vermögensgegenstände: Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	24.330	60	0	0	24.390
II. Sachanlagen:					
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	87.872	2	54	600	88.420
2. Technische Anlagen und Maschinen	795.288	1.516	1.279	13.793	809.318
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	36.172	287	748	663	36.374
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	30.689	19.317	0	-15.056	34.950
	950.021	21.122	2.081	0	969.062
III. Finanzanlagen:					
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	113.871	0	0	0	113.871
2. Sonstige Ausleihungen	207	0	0	0	207
	114.078	0	0	0	114.078
GESAMT	1.088.429	21.182	2.081	0	1.107.530

Kumulierte Abschreibungen:

Anlageposten in TEUR	Anfangs- bestand	Zugang	Zu- schrei- bungen	Abgang	End-be- stand	Rest- buchwert GJ-Beg- inn	Rest- buchwert GJ-Ende
I. Immaterielle Vermögensgegenstände: Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	24.139	87	0	0	24.227	190	163
II. Sachanlagen:							
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	58.540	990	0	54	59.475	29.333	28.945
2. Technische Anlagen und Maschinen	629.981	23.063	0	1.279	651.765	165.306	157.553
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	30.668	1.108	0	748	31.028	5.503	5.344
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	0	0	0	0	0	30.688	34.950
	719.189	25.161	0	2.081	742.268	230.830	226.791
III. Finanzanlagen:							
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	7.830	0	0	0	7.830	106.041	106.041
2. Sonstige Ausleihungen	3	0	0	0	3	204	204
	7.833	0	0	0	7.833	106.245	106.245
GESAMT	751.161	25.247	0	2.081	774.328	337.265	333.199

Ersatzteile, die nur zum Einbau in Maschinen oder technische Anlagen vorgesehen sind, werden im Anlagevermögen ausgewiesen, sofern sie einen Anschaffungswert von mindestens TEUR 15 haben.

Der Anteilsbesitz setzt sich wie folgt zusammen:

	Eigenkapital 31.12.2023 TEUR	Anteil am Kapital %	Jahresergebnis 2023 TEUR
Anteile an verbundenen Unternehmen			
Salzgewinnungsgesellschaft Westfalen mbH & Co. KG, Hannover*	0	65,00	-12.353
Salzgewinnung Westfalen Verwaltungs GmbH, Hannover*	25	65,00	0
Solvay Peroxides GmbH, Hannover	25	100,00	0
Solvay Sisecam Holding AG, Wien/Österreich*	148.606	74,04	59.662
Carrières les Petons S.P.R.L., Walcourt/Belgien*	4.850	100,00	192
Société de Gestion de Male Plume SA, Brüssel/Belgien*	378	96,93	-11
Solvay Sodi AD, Devnya/Bulgarien*	226.694	97,95	25.406

* Daten laut Jahresabschluss zum 31.12.2022

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Forderungen aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von TEUR 730 haben eine Laufzeit von mehr als einem Jahr (Vorjahr: TEUR 99). Die Forderungen gegen verbundene Unternehmen resultieren in Höhe von TEUR 8.654 (Vorjahr: TEUR 2.452) aus Lieferungen und Leistungen. Forderungen aus dem Cash-Pooling bestehen im Jahr 2023 nicht (Vorjahr: TEUR 34.288). Forderungen gegen die Gesellschafterin Solvay GmbH bestehen wie im Vorjahr nicht.

Forderungen gegen und Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen werden saldiert, wenn die Voraussetzungen für eine Aufrechnung gegeben sind.

Die sonstigen Vermögensgegenstände bestehen überwiegend aus Forderungen aus Steuererstattungsansprüchen in Höhe von TEUR 23.907 (Vorjahr: TEUR 33.616).

Eigenkapital

Das Eigenkapital hat folgende Zusammensetzung:

	31.12.2023 TEUR	31.12.2022 TEUR
Gezeichnetes Kapital	12.000	12.000
Kapitalrücklage	28.191	28.191
Gewinnrücklagen		
Andere Gewinnrücklagen	1.200	1.200
	<u>41.391</u>	<u>41.391</u>

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB werden Vermögensgegenstände, die dem Zugriff aller Gläubiger entzogen sind und ausschließlich der Erfüllung von Schulden aus Altersversorgungsverpflichtungen oder ähnlichen langfristigen Verpflichtungen dienen, mit den entsprechenden Verpflichtungen verrechnet. Ergibt sich ein Verpflichtungsüberhang, wird dieser unter den Rückstellungen erfasst. Der beizulegende Zeitwert der verrechneten Vermögensgegenstände sowie der Erfüllungsbetrag der verrechneten Schulden beliefen sich auf TEUR 86.572 (Vorjahr: TEUR 88.113). Die Anschaffungskosten des Deckungsvermögens (fondsgebundene Rückdeckungsversicherungen sowie fondsgebundene Wertpapiere) belaufen sich auf TEUR 79.888 (Vorjahr: TEUR 88.113). Als beizulegender Zeitwert ist der Kurswert der Wertpapiere am 31. Dezember 2023 zu Grunde gelegt worden. Der Unterschiedsbetrag von TEUR 6.684 (Vorjahr: TEUR 1.371) unterliegt gemäß § 268 Abs. 8 Satz 3 HGB der Ausschüttungssperre.

Im Geschäftsjahr 2023 wurden Erträge in Höhe von TEUR 5.313 (Vorjahr: TEUR 293) in der aus Wertänderungen des Wertpapiervermögens mit den zugehörigen Aufwendungen von TEUR 5.313 (Vorjahr: TEUR 293) aus der Zuführung zu Rückstellungen verrechnet.

Bei der Berechnung der Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen wurde ein Zinssatz von 1,83 % p.a. (Vorjahr: 1,78 % p.a.) angesetzt. Bei dem Zinssatz handelt es sich um den für den Bilanzstichtag von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen zehn Geschäftsjahre, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt. Unter Anwendung des für den Bilanzstichtag durchschnittlichen Marktzinssatzes der vergangenen sieben Geschäftsjahre von 1,75 % (Vorjahr: 1,44 % p.a.) würde sich zum 31. Dezember 2023 ein Erfüllungsbetrag in Höhe von TEUR 166.473 (Vorjahr: TEUR 179.527) ergeben. Der Unterschiedsbetrag i. S. d. § 253 Abs. 6 Satz 1 HGB beträgt zum 31. Dezember 2023 TEUR 1.610 (Vorjahr: TEUR 7.543).

Sonstige Rückstellungen

Bei den sonstigen Rückstellungen handelt es sich im Wesentlichen um ungewisse Verpflichtungen aufgrund von am Bilanzstichtag noch ausstehenden Abrechnungen, Risiken aus drohenden Verlusten aus Preissicherungsgeschäften für Energien, Umweltschutzverpflichtungen und Personalkosten.

Verbindlichkeiten

	31.12.2023				31.12.2022			
	Gesamt	Bis 1 Jahr	Über 1 Jahr	davon über 5 Jahre	Gesamt	Bis 1 Jahr	Über 1 Jahr	davon über 5 Jahre
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	37.115	36.916	199	-	33.545	33.246	299	
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	102.631	102.631	-	-	113.794	113.794	-	-
Sonstige Verbindlichkeiten	90.046	17.883	39.589	32.574	101.957	20.125	36.560	45.272
- davon aus Steuern	4.165	4.165	-	-	6.414	6.414	-	-
- davon im Rahmen der sozialen Sicherheit	47	47	-	-	23	23	-	-
	<u>229.792</u>	<u>157.430</u>	<u>39.788</u>	<u>32.574</u>	<u>249.296</u>	<u>167.165</u>	<u>36.859</u>	<u>45.272</u>

Von den Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen entfallen TEUR 82.405 (Vorjahr: TEUR 98.693) auf die Gesellschafterin Solvay GmbH. Die Cash-Pool-Forderung gegenüber der Solvay S.A., Brüssel, die im Vorjahr noch TEUR 34.288 betrug, wurde in eine Cash-Pool-Verbindlichkeit in Höhe von TEUR 19.851 umgewandelt. Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen resultieren mit TEUR 399 (Vorjahr: TEUR 15.169) aus dem Lieferungs- und Leistungsverkehr.

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

(Werte in TEUR)

Die Gewinn- und Verlustrechnung wurde nach dem Gesamtkostenverfahren erstellt.

Umsatzerlöse

Die Umsatzerlöse betreffen mit TEUR 382.913 (Vorjahr: TEUR 390.628) Erzeugnisse. Auf Nebengeschäfte entfallen TEUR 99.872 (Vorjahr: TEUR 177.834). Weitere TEUR 11.987 (Vorjahr: TEUR 10.949) entfallen auf Provisionsgeschäfte. Die regionale Aufteilung zeigt folgende Tabelle:

	2023 TEUR	2022 TEUR
EU-Binnenmarkt	474.942	548.960
Übriges Europa	5.783	4.860
Außereuropäisches Ausland	14.047	25.591
	<u>494.772</u>	<u>579.411</u>

Sonstige betriebliche Erträge

	2023 TEUR	2022 TEUR
Erträge aus derivativen Finanzinstrumenten	24.875	41.623
Periodenfremde Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	9.387	30.360
- davon aus der Auflösung zu Drohverlustrückstellungen für Preissicherungsgeschäfte (Hedges) für Energien	(66)	(29.617)
- davon aus der Auflösung von Umweltschutzzrückstellungen	(6.832)	(0)
Übrige periodenfremde Erträge	4.773	2.482
- Abgänge Sachanlagen	(1)	(275)
- Sonstige	(4.772)	(2.329)
Kursgewinne	19	31
Sonstige Erträge	<u>2.777</u>	<u>2.252</u>
	<u>41.831</u>	<u>76.748</u>

Materialaufwand

	2023 TEUR	2022 TEUR
Energie	130.685	260.726
Rohstoffe	49.264	17.635
Handelswaren	9.952	8.770
Betriebsstoffe	8.796	8.099
Verpackungsmittel	4.099	5.426
Ersatzteile	4.284	3.759
Übrige	0	612
	207.080	305.027
Bezogene Leistungen	3.350	1.477
	<u>210.430</u>	<u>306.504</u>

Personalaufwand

	2023 TEUR	2022 TEUR
Löhne und Gehälter	55.271	51.291
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	10.860	22.790
- davon für Altersversorgung	(643)	(12.685)
	<u>66.131</u>	<u>74.081</u>

Gem. § 277 Abs. 5 HGB sind Zuführungen zu den Pensions- und sonstigen längerfristigen Personalarückstellungen, soweit sie aus der Aufzinsung der Rückstellungen resultieren, im Zinsergebnis erfasst.

Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen

Die Abschreibungen sind in der gesonderten Aufstellung „Anlagevermögen“ ausgewiesen.

Sonstige betriebliche Aufwendungen

	2023 TEUR	2022 TEUR
Kosten aus Preissicherungsgeschäften (Hedges) für Energien	10.911	15.719
Restrukturisierungskosten	3.800	2.537
Übrige periodenfremde Aufwendungen	41	978
- Abgänge Sachanlagen	(0)	(940)
- Sonstige	(41)	(38)
Kursverluste	13	47
Zuführungen zu Drohverlustrückstellungen für Preissiche- rungsgeschäfte (Hedges) für Energien	558	0
Sonstige Aufwendungen	155.157	167.920
	<u>170.480</u>	<u>187.201</u>

Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Die Gesellschaft ist Bestandteil der ertragssteuerlichen Organschaft der SOLVAY GmbH. Die Besteuerung nach dem Mindeststeuergesetz hat daher für die Gesellschaft keine Auswirkungen.

Sonstige Angaben

Neben den in der Bilanz ausgewiesenen Verbindlichkeiten bestehen *sonstige finanzielle Verpflichtungen* in Höhe von TEUR 13.736 (Vorjahr: TEUR 20.318).

Im Einzelnen betreffen diese Verpflichtungen folgende Sachverhalte:

Bestellobligo aus erteilten Investitionsaufträgen in Höhe von TEUR 6.137 (Vorjahr: TEUR 10.844)

Zahlungsverpflichtungen aus Leasingverträgen in Höhe von TEUR 7.599 (Vorjahr: TEUR 9.474)

Diese Leasingverträge haben folgende Restlaufzeiten:

Gesamt TEUR	31.12.2023			Gesamt TEUR	31.12.2022		
	Bis 1 Jahr TEUR	Über 1 Jahr TEUR	davon über 5 Jahre TEUR		Bis 1 Jahr TEUR	Über 1 Jahr TEUR	davon über 5 Jahre TEUR
7.599	1.877	2.406	3.316	9.474	2.042	3.206	4.226

Der Vorteil letzterer Verträge liegt in der Möglichkeit der Überwälzung des Investitionsrisikos nach Ablauf der Grundmietzeit. Die Risiken liegen in insgesamt höheren Finanzierungskosten.

Die Solvay Chemicals GmbH gliederte zum 1. Januar 2014 den Teilbetrieb „Chlor Chemicals“ aus und übertrug diesen in seiner Gesamtheit gemäß den Regelungen des § 123 Abs. 3 Nr. 1 UmwG („Ausgliederung zur Aufnahme“) auf die Solvay Chlorovinyls GmbH (mittlerweile umfirmiert in INOVYN Deutschland GmbH). Aus dieser Ausglie-

derung können der Solvay Chemicals GmbH gemäß § 133 UmwG finanzielle Verpflichtungen aus der Haftung für die vor dem Wirksamwerden der Ausgliederung entstandenen ausgegliederten Schulden der INOVYN Deutschland GmbH erwachsen, die sich nach dem Stand vom 31. Dezember 2017 auf TEUR 15.680 belaufen.

Die Solvay Chemicals GmbH gliederte zum 1. Januar 2020 den Teilbetrieb „BAD HÖNNINGEN“ aus und übertrug diesen in seiner Gesamtheit gemäß den Regelungen des § 123 Abs. 3 Nr. 1 UmwG („Ausgliederung zur Aufnahme“) auf die Solvay Persalze GmbH (mittlerweile umfirmiert in Kandelium Care GmbH). Aus dieser Ausgliederung können der Solvay Chemicals GmbH gemäß § 133 UmwG finanzielle Verpflichtungen aus der Haftung für die vor dem Wirksamwerden der Ausgliederung entstandenen ausgegliederten Schulden der Solvay Persalze GmbH (mittlerweile umfirmiert in Kandelium Care GmbH) erwachsen, die sich nach dem Stand vom 31. Dezember 2020 auf TEUR 11.049 belaufen.

Die Solvay Chemicals GmbH hat am 1. März 2017 gegenüber dem Land Nordrhein-Westfalen eine selbstschuldnerische Bürgschaft in Höhe von MEUR 37 zur Sicherstellung der Erfüllung von Voraussetzungen zur Zulassung des „Hauptbetriebsplans für das Steinbergwerk Epe und den Kavernenspeicher für Öl vom 20. Dezember 2016 der Salzgewinnungsgesellschaft Westfalen GmbH & Co. KG“ übernommen. Mit einer Inanspruchnahme wird derzeit nicht gerechnet. Die Geschäftslage bzw. die Ergebnissituation und -planung der Salzgewinnungsgesellschaft geben keinen Anlass, die Inanspruchnahme der Bürgschaft zu erwarten, weder kurzfristig noch mittelfristig.

Ohne Einbeziehung der Auszubildenden wurden im Berichtsjahr im Durchschnitt der Quartalsendwerte 287 (Vorjahr: 281) Angestellte und 427 (Vorjahr: 421) gewerbliche Mitarbeiter beschäftigt.

Das Gesamthonorar des Abschlussprüfers für das Geschäftsjahr 2023 beläuft sich auf TEUR 59. Davon entfallen TEUR 48 auf Abschlussprüfungsleistungen und TEUR 11 auf andere Bestätigungsleistungen.

Ergebnisverwendung

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2023 weist einen Jahresüberschuss vor Gewinnabführung von EUR 82.380.933,84 aus, der aufgrund des Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrags vom 24. März 2000 an die Solvay GmbH, Hannover, abgeführt wird, so dass die Gewinn- und Verlustrechnung ohne Ergebnis abschließt.

Derivative Finanzinstrumente

Die Solvay Chemicals GmbH hält zum Bilanzstichtag folgende derivative Finanzinstrumente zu Sicherungszwecken, die nicht in Bewertungseinheiten (§ 254 HGB) einbezogen sind:

Kategorie/Art in MEUR	Nominal- volumen	Beizu- legender Zeitwert	Bewertungs- methode	Buch- wert	Bilanzposten
Energiebezogene Instrumente - Energieterminkäufe Gas	7,1	0,9	marktwert- orientiert	1,9	Sonstige Rück- stellungen
Energiebezogene Instrumente - Energieterminverkäufe Strom	1,8	1,0	marktwert- orientiert	-	-
Emissionsrechtsbezogene In- strumente - Terminkäufe CO2-Zertifikate	17,1	73,1	marktwert- orientiert	-	-

Die Bewertung erfolgt auf Basis aktueller Marktkurse. Im Jahr 2023 wurden bei den energiebezogenen Instrumenten erneut Bewertungseinheiten für Energieterminkäufe Gas und Energieterminverkäufe Strom für Verträge des Standortes Bernburg gebildet. Dies erfolgte vor dem Hintergrund, dass sich bei diesen Verträge Ergebniseffekte gegeneinander ausgleichen.

Bei den Bewertungseinheiten wurden Nominalvolumen in Höhe von MEUR 4,8 für Energieterminkäufe Gas und Nominalvolumen in Höhe von MEUR 5,3 für Energieterminverkäufe Strom einbezogen. Dadurch konnten Risiken für Drohverluste in Höhe von MEUR 2,5 für Energieterminverkäufe Strom abgesichert werden. Insgesamt wurde eine Bewertungseinheit gebildet. Die einzelnen Verträge haben je Bewertungseinheit eine gleiche Restlaufzeit von einem Jahr.

Organe der Gesellschaft

Die Geschäftsführung erfolgte durch die Herren

Norbert Mülders, Weeze
- Site Manager Rheinberg

Hugo Walravens, Bernburg
- Site Manager Bernburg

Geschäftsführergehälter wurden nicht gezahlt.

Dem Aufsichtsrat der Solvay Chemicals GmbH gehören folgende Damen und Herren an:

Patricia Quinet, Vorsitzende, Technology Engineer in der GBU Soda Ash and Derivates Europe, Brüssel/

Stefano Bigini, Global Industrial Director of the GBU Soda Ash, Rosignano/Italien

Alexandre Blum, Finance Director in der GBU Soda Ash and Derivates Europe, Paris/Frankreich

Serena Santoro, Lead Senior Counsel Italy, Bollate/Italien

Marc Siepen, Vorsitzender des Betriebsrats Solvay Deutschland, Standort Rheinberg

Frank Zutz, Vorsitzender des Betriebsrats Solvay Deutschland, Standort Bernburg

Aufsichtsratsvergütungen wurden nicht gewährt.

Hannover, den 5. Juni 2024

Solvay Chemicals GmbH

Norbert Mülders

Hugo Walravens

Solvay Chemicals GmbH, Hannover

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2023

1. Unternehmensstruktur und Geschäftsmodell

Die Gesellschaft Solvay Chemicals GmbH führt innerhalb des Solvay-Konzerns in Deutschland das operative Geschäft der Global Business Unit (GBU) Soda Ash & Derivatives und der GBU Peroxides. Die Muttergesellschaft ist die SOLVAY GmbH, die als Holdinggesellschaft für die Solvay-Gruppe in Deutschland fungiert.

Solvay Chemicals GmbH hat neben ihrem Verwaltungssitz Hannover zwei Produktionsstandorte: Rheinberg am Niederrhein und Bernburg an der Saale. Die folgenden Produktionsaktivitäten werden an den Standorten erbracht:

- In Bernburg werden für die GBU Soda Ash & Derivatives Soda, Natriumbikarbonat und für die GBU Peroxides Wasserstoffperoxid produziert.
- In Rheinberg produziert die Gesellschaft für die GBU Soda Ash & Derivatives Soda und Natriumbikarbonat.

Das Geschäft im Bereich Soda hängt im Wesentlichen von den Bereichen Bau (Flachglas), Automobil, Lebensmittelindustrie (Behälterglas) und Waschmittel ab.

Für die Vermarktung und den Verkauf der Produkte sowie die technische Unterstützung der Kunden handeln die Vertreter der Solvay Chemicals GmbH im Namen der Solvay Chemicals International SA., Brüssel, Belgien.

Die sonstigen Servicefunktionen werden teilweise selbst erbracht, aber hauptsächlich von verschiedenen Gruppen-Unternehmen in verschiedenen europäischen Ländern bezogen.

Die Berichtsgesellschaft ist gemäß ihrer Tätigkeit den international tätigen GBUs zugeordnet. Kennzahlen werden ausschließlich auf konsolidierter IFRS-Basis zur Steuerung der GBUs verwendet, so dass für die Solvay Chemicals GmbH als nationale, rechtliche Einheit keine eigenständige Steuerung erfolgt. Für die nationale rechtliche Einheit steht dagegen die Gewährleistung der rechtlichen Existenzfähigkeit im Vordergrund, die gegenwärtig über den bestehenden Ergebnisabführungsvertrag sichergestellt wird. Daher gibt es derzeit keine besonderen internen Steuerungsindikatoren der rechtlichen Einheit.

Die Solvay Chemicals GmbH betreibt am Standort Rheinberg ein Elektrizitätsversorgungsnetz und ist daher verpflichtet, den Anschluss elektrischer Anlagen Dritter an das Verteilernetz für den Bezug und die Einspeisung von Elektrizität zu gewährleisten.

Aufgrund der Ausgliederung des Teilbetriebs der Chlorchemikalien in die Solvay Chlorvinyls GmbH in 2014 und der anschließenden Einbringung der Gesellschaft in ein Joint Venture fällt die Solvay Chemicals GmbH als Elektrizitätsversorger (i. S. d. § 6b Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 EnWG) des Joint Venture-Unternehmens unter die Regelungen für vertikal integrierte Energieversorgungsunternehmen gem. § 6b Abs. 1 i. V. m. § 3 Nr. 38 EnWG, da nach der Ausgliederung die Stromverteilung am Standort Rheinberg größtenteils an Dritte erfolgt. Hinsichtlich der sich in diesem Zusammenhang aus dem Gesetz über die Elektrizitäts- und Gasversorgung (Energiewirtschaftsgesetz - EnWG) ergebenden Rechnungslegungs- und Buchhaltungspflichten verweisen wir auf den erstellten Tätigkeitsabschluss gemäß § 6b Abs. 3 EnWG. Für die Solvay Chemicals GmbH ergeben sich die Tätigkeitsbereiche "Elektrizitätsverteilung" und "Andere Tätigkeiten innerhalb des Elektrizitätssektors". Der Bereich "Elektrizitätsverteilung" umfasst die Netzbetriebung für die Versorgung der INOVYN Deutschland GmbH mit Elektrizität. Der Bereich "Andere Tätigkeiten innerhalb des Elektrizitätssektors" umfasst die Elektrizitätserzeugung sowie den Elektrizitätsvertrieb an die RWE Supply & Trading GmbH.

Am 11. Dezember 2023 veröffentlichte Solvay die Aufteilung der bisher unter dem Dach der Solvay S.A., Brüssel/Belgien, bestehende Gruppe in zwei voneinander unabhängige, börsennotierte Gruppen – Solvay S.A. für den Bereich EssentialCo und Syensqo S.A. für den Bereich SpecialtyCo. Der EssentialCo werden die derzeitigen GBUs Soda Ash & Derivatives, Peroxides, Silica, Coatis und Special Chem zugeordnet, der SpecialtyCo die GBUs Specialty Polymers, Composites, Novecare, Technology Solutions, Aroma Performance sowie Oil & Gas. Dieser Schritt soll die Solvay S.A. auf eine Phase des nachhaltigen Wachstums vorbereiten, indem der Fokus auf die Kerngeschäftsbereiche verstärkt und das Engagement für Marktführerschaft, Dekarbonisierung und soziale Verantwortung bekräftigt werden.

In Deutschland werden die Solvay Specialty Polymers Germany GmbH (mittlerweile umbenannt in die Syensqo Specialty Polymers Germany GmbH) und die European Carbon Fiber GmbH der Syensqo S.A. zugeordnet. Die SOLVAY GmbH sowie alle übrigen ihr derzeit zugehörigen Gesellschaften werden der Solvay S.A. zugeordnet.

2. Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

In der am 15. Dezember 2023 vom Verband der Chemischen Industrie e.V. (VCI) veröffentlichten Presseinformationen resümiert VCI-Präsident Markus Steilemann, dass die Hoffnungen auf eine Belebung der Konjunktur in 2023 sich leider

nicht erfüllt haben. Er sieht die chemische Industrie Deutschlands „mitten in einem tiefen, langen Tal. Und noch ist unklar, wie lange wir es durchschreiten müssen“. Die Chemie- und Pharmaproduktion ging gegenüber dem Vorjahr um 8 Prozent zurück, die Umsätze sogar um 12 Prozent. Die Erzeugerpreise sanken vergleichsweise moderat um 1 Prozent. Deutschland steckt nach Ansicht des Verbandes in einer Krise, die nicht nur die Chemieindustrie betrifft. Die gesamte deutsche Wirtschaft leide unter der schwachen Konjunktur und strukturellen Problemen. Wichtige Felder sind die überbordende Bürokratie sowie der Rückstand Deutschlands bei der Digitalisierung, insbesondere der öffentlichen Verwaltung. Die Zahl der Beschäftigten blieb nahezu unverändert bei 477.000.

Geschäftsverlauf

Vor diesem Hintergrund ist das Geschäft der Solvay Chemicals GmbH wie folgt verlaufen:

Die Umsatzerlöse der Solvay Chemicals GmbH betrugen im Jahr 2023 TEUR 494.772 und lagen damit um 14,6 Prozent unter dem Vorjahreswert von TEUR 579.411.

Zu diesen Umsatzerlösen trugen die einzelnen Produktgruppen wie folgt bei:

Soda und Natriumbikarbonat:

Die Verkaufsmengen von Soda waren in 2023 niedriger als im Vorjahr. Die höheren Preise konnten den Rückgang der Umsatzerlöse nicht verhindern. Bei Natriumbikarbonat konnte der Preisanstieg den negativen Mengeneffekt mehr als ausgleichen, so dass die Umsatzerlöse über dem Vorjahresniveau lagen.

Wasserstoffperoxid:

Im Vergleich zum Vorjahr sind bei vergleichbaren Preisen die Mengen gesunken und dies führte insgesamt zu geringeren Umsatzerlösen.

Nebengeschäfte:

Die Energiepreise gingen im Vergleich zum Vorjahr deutlich zurück. Die gesamtwirtschaftliche Situation führte insgesamt zu einem Rückgang der Verkaufsmengen für Dampf und Strom an Dritte. Beide Effekte verringerten die Nebengeschäftserlöse deutlich im Vergleich zum Vorjahr.

Prognose für 2024:

Soda:

Die im Budget 2024 geplanten Verkaufsmengen sind leicht höher als im Jahr 2023. Die Preise sind im Jahr 2024 im Vergleich zu 2023 moderat¹ niedriger budgetiert. Daher wird insgesamt für Soda im Jahr 2024 mit moderat geringeren Umsätzen gerechnet.

¹ Folgende Adjektive wurden zur Definition zur Intensität der Entwicklung verwendet: Umsatz/Menge/Preise: leicht = 0 bis 5,0%, moderat = 5,1% bis 10,0%; deutlich = mehr als 10,0 %; Ergebnisgrößen: leicht = 0 bis 2,0%, moderat = 2,1% bis 5,0%; deutlich = mehr als 5,0 %

Natriumbikarbonat:

Die Prognose sieht vor, dass im Jahr 2024 Natriumbikarbonat-Mengen auf einem moderat höheren Niveau als im Jahr 2023 verkauft werden. Zeitgleich werden deutlich niedrigere Preise erwartet, was den Mengeneffekt mehr als aufheben wird. Es wird also insgesamt mit geringeren Umsatzerlösen für Natriumbikarbonat im Jahr 2024 als im Jahr 2023 gerechnet.

Wasserstoffperoxid:

Für Wasserstoffperoxid wird für 2024 ein deutlicher Anstieg der Mengen bei deutlich niedrigeren Preisen angenommen. Es werden für Wasserstoffperoxid im Jahr 2024 insgesamt höhere Umsatzerlöse erwartet als im Jahr 2023, da davon ausgegangen wird, dass der positive Mengeneffekt höher als der negative Preiseffekt sein wird.

Nebengeschäfte:

Für 2024 wird erwartet, dass sich die Energiemärkte stabilisieren. Aufgrund der Volatilität des Angebots und der Nachfrage für Strom und Dampf können jedoch keine zuverlässigen Aussagen über die voraussichtliche Entwicklung der Nebengeschäftserlöse getroffen werden.

Ertragslage

Über den mit der SOLVAY GmbH, Hannover, bestehenden Gewinnabführungsvertrag wird für das Geschäftsjahr 2023 ein Gewinn in Höhe von TEUR 82.381 abgeführt. Dem positiven Ergebnis aus Betriebstätigkeit (Posten 1 bis 10 der Gewinn- und Verlustrechnung) in Höhe von TEUR 67.769 und Beteiligungserträgen in Höhe von TEUR 18.353 standen Zinsaufwendungen in Höhe von TEUR 4.273 gegenüber.

Das Ergebnis aus Betriebstätigkeit ist im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 2.068 auf TEUR 67.769 gestiegen. Die im „Geschäftsverlauf“ genannten Effekte führten insgesamt zu einer Umsatzreduzierung in Höhe von TEUR 84.638 (14,6 %) im Vergleich zum Vorjahr.

Der Bestand an fertigen Erzeugnissen hat sich im Jahr 2023 um TEUR 2.042 erhöht.

Die sonstigen betrieblichen Erträge sanken im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 34.917 (45,5 %). Sie beinhalten hauptsächlich Kursgewinne aus der Abrechnung von derivativen Finanzinstrumenten in Höhe von TEUR 24.875 (Vorjahr: TEUR 41.623) sowie Erträge aus der Auflösung von Umweltschutzrückstellungen in Höhe von TEUR 6.832 und aus der Auflösung von Pensionsrückstellungen in Höhe von TEUR 1.537. Im Vorjahr enthielt die Ergebnisposition noch Erträge aus der Auflösung von Drohverlustrückstellungen für Preissicherungsgeschäfte (Hedges) in Höhe von TEUR 29.617.

Der Materialaufwand hat sich im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 96.074 (31,3 %) verringert. Maßgeblich hierfür waren im Wesentlichen im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 130.041 gesunkene Energiekosten, denen um TEUR 31.629 gestiegene Rohstoffkosten gegenüberstanden.

Der Personalaufwand hat sich im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 7.950 (10,7 %) reduziert, insbesondere durch die Zuführung zu Pensionsrückstellungen, die sich im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 12.053 verringert hat. Im Gegensatz dazu haben sich die Löhne und Gehälter um TEUR 3.980 erhöht.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 16.721 (8,9 %) niedriger. Hierbei sanken die Frachtkosten um TEUR 7.729, die Aufwendungen aus der Abrechnung von derivativen Finanzinstrumenten um TEUR 4.808 und die Aufwendungen für Zuführungen zu Umweltschutzrückstellungen um TEUR 4.464.

Das Beteiligungsergebnis hat sich im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 22.734 (55,3 %) auf TEUR 18.353 verringert. Dies ist durch gesunkene Beteiligungserträge von der Solvay Sisecam Holding AG, Wien/Österreich, verursacht worden.

Durch die beschriebenen Ergebniseffekte hat sich der abgeführte Gewinn um TEUR 16.244 auf TEUR 82.381 verringert.

Entwurf

Es ergeben sich folgende Kennzahlen zur Ertrags- und Vermögenslage:

Ertragslage	2023 TEUR	2022 TEUR	Veränderung TEUR
Umsatz	494.772	579.411	-84.639
Gewinn	82.381	98.625	-16.244

Kennzahlen	2023 %	2022 %	Veränderung %-Punkte
Eigenkapital-Rendite (Gewinn/Eigenkapital)	199,0	238,3	-39,3
Gesamtkapital-Rendite (Gewinn/Gesamtkapital)	20,4	21,5	-1,1
Umsatz-Rendite (Gewinn/Umsatzerlöse)	16,7	17,0	-0,3

Vermögenslage	31.12.2023 TEUR	31.12.2022 TEUR	Veränderung TEUR
Langfristiges Vermögen	333.929	337.364	-3.435
Kurzfristiges Vermögen	81.600	129.957	-48.357
Kurzfristiges Fremdkapital	184.254	220.799	-36.545
Langfristiges Fremdkapital	189.884	205.131	-15.247
Eigenkapital	41.391	41.391	0
Summe Aktiva/Passiva	415.529	467.321	-51.792

Kennzahlen	31.12.2023 %	31.12.2022 %	Veränderung %-Punkte
Eigenkapitalquote (Eigenkapital) zu (Bilanzsumme)	10,0	8,9	1,1
Verschuldungsgrad (Fremdkapital) zu (Eigenkapital)	903,9	1.029,0	-125,1
Deckungsgrad A (Eigenkapital) zu (Anlagevermögen)	12,4	12,3	0,1
Deckungsgrad B (Eigenkapital + Langfristiges Fremdkapital) zu (Langfristiges Vermögen)	69,3	73,1	-3,8

In der vorstehenden Darstellung werden die Posten als langfristig dargestellt, soweit die Zahlungen nach Ablauf eines Jahres fällig sind. Die übrigen Posten gelten als kurzfristig.

Die Vermögenslage der Gesellschaft ist durch eine Verringerung der Bilanzsumme um TEUR 51.792 (-11,1 %) auf TEUR 415.529 gekennzeichnet. Die Eigenkapitalquote stieg von 8,9 % auf 10,0 %.

Die Reduzierung des langfristigen Vermögens um TEUR 3.435 (1,0 %) resultierte im Wesentlichen aus Veränderungen im Sachanlagevermögen. Den Sachanlageinvestitionen der gesamten Gesellschaft in Höhe von TEUR 21.122 standen planmäßige Abschreibungen in Höhe von TEUR 25.163 gegenüber.

Das kurzfristige Vermögen hat sich im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 48.357 (37,2 %) verringert. Die Vorräte sanken dabei um TEUR 1.487. Die Forderungen gegen verbundene Unternehmen sanken um TEUR 28.087. Dies ist hauptsächlich dadurch verursacht, dass sich die Cash-Pool-Forderung gegen die der Solvay S.A., Brüssel/Belgien, die im Vorjahr noch TEUR 34.288 betrug, in eine Cash-Pool-Verbindlichkeit in Höhe von TEUR 19.851 umgewandelt hat. Wesentliche Ursachen hierfür waren Mittelabflüsse aus der Auszahlung des Vorjahresergebnisses an die Solvay GmbH in Höhe von TEUR 98.625. Dem standen Mittelzuflüsse aus Dividendenzahlungen auf dem Cash-Pool-Konto in Höhe von TEUR 18.353 sowie ein positiver Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit in Höhe von TEUR 26.132 (einschließlich von Energiesteuererstattungen für Vorjahre in Höhe von TEUR 24.198) gegenüber. Zusätzlich bestand zum Jahresende 2023 eine Forderung gegen die Solvay Chemicals International S.A., Brüssel/Belgien, in Höhe von TEUR 7.027, denen im Vorjahr noch eine Verbindlichkeit in Höhe von TEUR 14.167 gegenübergestanden hatte. Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sind im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 8.694 (33,2 %) gesunken, insbesondere dadurch, dass im Vorjahr höhere Forderungen im Zusammenhang mit dem Verkauf von elektrischer Energie und der Weiterberechnung von Netzentgelten bestanden.

Das kurzfristige Fremdkapital verringerte sich im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 36.545 (16,6 %) auf TEUR 184.254. Dies ergab sich zum Großteil durch die Verringerung der Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen um TEUR 11.162, im Wesentlichen durch die Reduzierung der Verpflichtungen zur Ergebnisabführung gegenüber der Solvay GmbH um TEUR 16.244 (16,5 %) auf TEUR 82.381. Zusätzlich verringerten sich die Verbindlichkeiten gegenüber der Solvay Chemicals International S.A., Brüssel/Belgien, um TEUR 14.167, während die Verbindlichkeiten gegenüber der Solvay S.A., Brüssel/Belgien, um 18.527 TEUR anstiegen. Zusätzlich haben sich die Rückstellungen aus ausstehenden Abrechnungen um TEUR 27.875 reduziert.

Das langfristige Fremdkapital hat sich im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 15.247 (7,4 %) auf TEUR 189.884 reduziert. Dies ist im Wesentlichen auf den Rückgang des langfristigen Teils der sonstigen Verbindlichkeiten um TEUR 9.769 (11,8 %) und auf die Verringerung der Umweltschutzrückstellungen um TEUR 5.819 (25,3 %) zurückzuführen. Die Abnahme des langfristigen Fremdkapitals hatte bei gleichzeitig geringerer Abnahme des Anlagevermögens eine Verminderung des Deckungsgrades B auf 69,3 % (Vorjahr: 73,1 %) zur Folge.

Das gesamte Fremdkapital hat sich durch die beschriebenen Effekte um TEUR 51.792 (12,2 %) auf TEUR 374.138 reduziert. Bei gleichzeitiger Konstanz des Eigenkapitals in Höhe von TEUR 41.391 hatte die Reduzierung des Fremdkapitals eine Reduzierung des Verschuldungsgrades von 1.029,0 % auf 903,9 % zur Folge.

Finanzlage

Die Finanzierung der Solvay Chemicals GmbH wird über die Einbeziehung in den Cash-Pool der Solvay-Gruppe gesichert. Das Cash-Pool-Konto weist zum 31. Dezember 2023 einen Verbindlichkeitssaldo in Höhe von TEUR 19.851 im Vergleich zu einem Forderungssaldo von EUR 34.288 im Vorjahr aus. Die Veränderung in Höhe von TEUR 54.140 ergibt sich aus den in der Vermögenslage genannten Gründen.

Tatsächliche Entwicklung im Vergleich zur Prognose 2023

Für das Jahr 2023 wurden Umsatzerlöse deutlich über dem Niveau des Vorjahres erwartet. Die Umsatzerlöse der Solvay Chemicals GmbH betrugen jedoch im Jahr 2023 TEUR 494.772 und lagen damit deutlich unter dem Prognosewert von TEUR 737.815.

Dies ist folgendermaßen auf die einzelnen Produktgruppen zurückzuführen:

Soda und Natriumbikarbonat:

Im Vergleich zur Prognose für 2023 wurde Soda zu einem moderat niedrigeren Preis und deutlich geringeren Mengen verkauft. Die beabsichtigten Preisvorstellungen konnten in 2023 leider nicht am Markt umgesetzt werden und führten in der Folge auch zu einer geringeren Absatzmenge.

Im Vergleich zur Prognose für 2023 wurde Natriumbikarbonat zu einem leicht niedrigeren Preis und leicht geringeren Mengen verkauft. Auf Grund der Marktsituation von Natriumbikarbonat fielen die Effekte hier geringer als bei der Produktgruppe Soda aus.

Wasserstoffperoxid:

Im Vergleich zur Prognose für 2023 wurde Wasserstoffperoxid zu einem deutlich niedrigeren Preis und deutlich geringeren Mengen verkauft. Die beabsichtigten Preisvorstellungen konnten in 2023 nicht am Markt umgesetzt werden und führten in der Folge auch zu einer geringeren Absatzmenge.

Nebengeschäfte:

Die Prognose für das Jahr 2023 basierte in etwa auf dem Ist-Niveau des Jahres 2022. Daher gelten die beschriebenen Effekte zum Vorjahresvergleich auch für den Prognosevergleich: Da die Energiepreise im Vergleich zum Vorjahr deutlich zurückgingen und zusätzlich die gesamtwirtschaftliche Situation insgesamt zu einem Rückgang der Verkaufsmengen für Dampf und Strom an Dritte führte, reduzierten sich die Nebengeschäftserlöse deutlich im Vergleich zur Prognose 2023.

Das Ergebnis aus Betriebstätigkeit 2023 von TEUR 67.769 lag deutlich unter dem Prognosewert. Maßgeblich hierfür waren neben den deutlich abweichenden Umsatzerlösen auch deutlich geringere Erträge aus der Abrechnung von derivativen Finanzinstrumenten.

Die Erträge aus Beteiligungen lagen mit TEUR 18.353 in etwa auf Höhe des Prognosewertes.

Das Ergebnis vor Gewinnabführung lag aus den o.g. Gründen mit TEUR 82.381 deutlich unter dem Prognosewert von TEUR 104.166.

3. Sonstige finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Im Anschluss an den Wirtschaftsbericht in Kapitel 2 gibt es hier weitere Leistungsindikatoren bezüglich Investitionsausgaben und Mitarbeitern.

Investitionen

Im Jahr 2023 lag der Schwerpunkt der Investitionen in den Bereichen Nachhaltigkeit und Produktionskapazität:

Am Standort Rheinberg erfolgt derzeit der Bau eines zweiten Altholz-Kraftwerks („Woodpower 2“), das nach derzeitiger Planung im vierten Quartal 2024 in Betrieb gehen wird. Ziel des Projekts ist der vollständige Kohleausstieg bei der Strom- sowie Dampferzeugung, um eine signifikante Reduzierung der CO₂-Emissionen aus fossilen Brennstoffen zu erreichen. Dies ist ein Meilenstein auf dem Weg zur CO₂-Neutralität der Soda- und Natriumbikarbonatherstellung.

Im Werk Rheinberg erfolgte ebenfalls der Ersatz der gesamten Steuerungs- und Regelungseinrichtungen der Gasturbinenanlagen. Nach erfolgreicher Inbetriebsetzung im ersten Quartal 2024 werden diese Gasturbinen den Gewinn an verkaufter elektrischer Energie optimieren, indem die Eigenproduktion am Standort Rheinberg an die volatilen Energiemärkte angepasst wird. Weiterhin erfolgte ein kompletter Austausch der 25-kV-Schaltanlage durch eine gasisolierte Version. Zum Schluss wurden für Rheinberg weitere Erneuerungsprojekte im Produktionsbereich zur Verbesserung der Anlagenverfügbarkeit und –effizienz, z. B. Erneuerungen im Bereich der Kalköfen und Kolonnen, durchgeführt.

Am Standort Bernburg wurde im Jahr 2023 ein neuer Schraubenverdichter für die Versorgung der Bikarbonatanlage mit CO₂ errichtet und in die vorhandene Peripherie eingepasst. Dieser gewährleistet die Zuverlässigkeit des Bikarbonatprozesses. Zusätzlicher Meilenstein in diesem Bereich war der Austausch von vier Großsilos im Frühjahr, um den Qualitätsansprüchen unserer Kunden weiter gerecht zu werden. Weiterhin konnte im Zuge der Abstelltage das lokale Kontrollsystem in der Entmineralisierungsanlage aktualisiert werden, was die Verfügbarkeit eines der meist kritischen Bereiche am Standort deutlich erhöht und die Versorgung mit demineralisiertem Wasser für alle Bereiche des Standortes sicherstellt. Darüber hinaus konnte mit der Errichtung einer neuen Fällkollonne das Erneuerungsprogramm in diesem Bereich weiter vorangetrieben und die Flexibilität und Stabilität der Produktion gestärkt werden. Auch sind die Bohrungen und Infrastrukturarbeiten für zwei neue Sole-Kavernen in 2023 abgeschlossen worden. Letztendlich wurde eine Überarbeitung der Dampfkondensationsturbine durchgeführt, wodurch der Standort Bernburg seine Energieeffizienz wieder maximieren kann.

Schließlich wurden in Rheinberg und Bernburg gezielte Investitionen getätigt, um die Verfügbarkeit und Sicherheit der Anlagen weiter zu verbessern.

Mitarbeiter

Im Berichtsjahr 2023 waren durchschnittlich 773 Mitarbeiter einschließlich der zur Berufsausbildung Beschäftigten sowie der sich in passiver Altersteilzeit sowie in der Freistellung aus dem Langzeitkonto befindlichen Mitarbeiter an den drei Standorten für die Gesellschaft tätig. Im Vergleich zum Vorjahr erhöhte sich damit der Personalbestand um sechs Mitarbeiter.

Die durchschnittliche Gesamtzahl der aktiven Mitarbeiter verteilt sich mit 427 Personen (Vorjahr: 421) auf die Gruppe der gewerblichen Arbeitnehmer und mit 287 Personen (Vorjahr: 281) auf die Gruppe der Angestellten. Die Zahl der Auszubildenden betrug 42 Personen (Vorjahr: 45). 17 Mitarbeiter befanden sich durchschnittlich in der passiven Phase der Altersteilzeit bzw. in der Freistellung aus dem Langzeitkonto.

Der Krankenstand ist mit 5,7 % identisch zum Vorjahr.

Der demografische Wandel hat nach wie vor auch für die deutsche Solvay-Gruppe erhebliche Auswirkungen. Durch nachhaltige Personalarbeit konnte der Altersdurchschnitt der Arbeitnehmer der Solvay Chemicals GmbH im Jahr 2023 gehalten werden. Das Durchschnittsalter beträgt wie im Vorjahr 42 Jahre.

Um den Herausforderungen einer immer älter werdenden Gesellschaft zu begegnen, hatten die Sozialpartner der chemischen Industrie bereits im Jahr 2008 einen Tarifvertrag zur Lebensarbeitszeit und Demographie abgeschlossen. Wesentliche Themenschwerpunkte dieser Vereinbarung sind zum einen die altersgerechte Arbeitsgestaltung und -organisation, die betriebliche Gesundheitsförderung, die Förderung der beruflichen Qualifizierung und eine familienfreundliche Personalpolitik.

Zum anderen sieht der Tarifvertrag zur Lebensarbeitszeit und Demographie einen indexierten Beitrag zu einem Demografiefonds vor. Auf dieser Basis stellte der Arbeitgeber auch im Jahr 2023 wieder einen Betrag in Höhe von 750 Euro je Vollzeitmitarbeiter zur Verfügung. Dieser Demografiebeitrag wird im Rahmen einer freiwilligen Betriebsvereinbarung in das Langzeitkonto der Tarifmitarbeiter eingezahlt.

Die Mitarbeiter können zusätzlich auf freiwilliger Basis Entgelt- und Urlaubsansprüche in ihr Langzeitkonto einbringen. Die in einem externen insolvenzgeschützten Fonds angesammelten Mitarbeitergelder können unter anderem zum vorzeitigen Ausstieg aus dem Berufsleben vor Erreichen des Renteneintrittsalters und auch für ein Sabbatical verwendet werden. Besonders von der erstgenannten Möglichkeit wird gerne Gebrauch gemacht. Mittlerweile nutzen fast alle Mitarbeiter vor ihrem Renteneintritt die Freistellung aus dem Langzeitkonto.

4. Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Prognosebericht

In der am 15. Dezember 2023 vom VCI veröffentlichten Presseinformation prognostizierte der Verband für 2024 keine Besserung der Lage in Deutschland. Die Produktion wird voraussichtlich auf dem niedrigen Niveau von 2023 verharren, die Umsätze um 3 Prozent sinken. Der Verband sieht eine Fortsetzung der in der Branche herrschenden Rezessionsstimmung und schätzt daher die Erwartungen für die kommenden Monate negativ ein. Nach wie vor ist der Umbau des Energiesystems, sowohl das Tempo als auch verfügbare Mengen und Preise grünen Stroms betreffend, die größte Herausforderung. Aber auch der Fachkräftemangel sowie überbordende Bürokratie und Regulierung werden weiterhin als ernsthafte, zügig zu lösende Probleme angesehen, um die chemische Industrie in Deutschland vor Produktionsstilllegung und Abwanderung zu bewahren.

Mit Hinblick auf die zukünftigen Umsatzerlöse von Soda, Natriumbikarbonat und Wasserstoffperoxid in 2024 wird auf den Geschäftsverlauf in Abschnitt 2. „Wirtschaftsbericht, Geschäftsverlauf“ verwiesen. Entsprechend der Prognose des VCI wird für die Solvay Chemicals GmbH insgesamt für 2024 eine leichte Reduzierung der Umsatzerlöse im Vergleich zu 2023 erwartet.

Basierend auf den genannten Faktoren wird mit einem positiven Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit gerechnet, das deutlich unter dem Niveau des Jahres 2023 liegt.

Beim Finanzergebnis erwarten wir im Vergleich zum Vorjahr einen deutlichen Anstieg der Ausschüttungen aus Beteiligungen.

Im Jahr 2024 wird sich das Ergebnis vor Gewinnabführung aufgrund der vorstehend erläuterten Effekte wahrscheinlich deutlich über dem Niveau des Vorjahres bewegen, da die Steigerung des Finanzergebnisses den Rückgang des Ergebnisses aus betrieblicher Tätigkeit voraussichtlich mehr als ausgleichen wird.

Chancen- und Risikobericht

Risiken

Ziel des Risikomanagementsystems der Solvay Gruppe ist es, Risiken so früh wie möglich zu erkennen und geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um Auswirkungen auf den Geschäftsverlauf zu vermeiden. Die zuständigen Kollegen/-innen des zentralen Audit Committees und des Group Risk Committees leiten dieses System, welches auf der Ebene der Solvay Chemicals GmbH durchgeführt wird. Sie veranstalten regelmäßig interne Audits, um die unten aufgeführten Risiken zu kontrollieren:

Risiken der Rohstoffversorgung
Absatzmarktrisiken
Finanzielle Risiken

Risiken der Rohstoffversorgung

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine und die darauffolgenden Sanktionen zwischen der internationalen Gemeinschaft und Russland haben in 2022 zu Turbulenzen bei der Beschaffung von Rohstoffen und Energie geführt.

Um diese Auswirkungen zu überwachen, wurde eine spezielle Arbeitsgruppe eingerichtet. Zusammen mit dem Beschaffungsmanagement der globalen Geschäftseinheit Soda Ash wurden diese Versorgungsrisiken auf den Spotmärkten durch langfristige Lieferverträge und lokale Rohstoffquellen reduziert.

Der Knappheit im Energiesektor wird durch den Betrieb moderner Kraftwerke mit effizienter Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) begegnet, um eine sichere und zugleich umweltfreundliche Versorgung mit Strom und Dampf an den Hauptstandorten zu gewährleisten.

Im Jahr 2023 zeigten Gas-, Kohle-, Altholz- und Strompreis insgesamt einen deutlichen Abwärtstrend. Diese Preise können in 2024 in Europa niedrig bleiben wegen hoher Gasspeicherstände und einem milden Winter. Sie werden jedoch nicht die niedrigen Werte vor den Krisenzeiten erreichen.

Absatzmarktrisiken

Konjunkturelle Schwankungen und ein generell intensiver Wettbewerb auf den Absatzmärkten stellen Marktrisiken dar. Diese Risiken werden durch ein ausgewogenes Produktportfolio abgedeckt, das wachsende (Natriumbikarbonat und Derivate) und reife Produkte (Soda und Peroxid) umfasst. Damit die Solvay Chemicals GmbH generell ihre Marktposition halten kann, ist es wichtig, die Fixkosten unter Kontrolle zu halten. Zu diesem Zweck werden Wettbewerbsfähigkeitsprogramme wie Star Factory und Resilience auferlegt.

Finanzielle Risiken

Liquiditätsrisiken von Solvay Chemicals GmbH sind aufgrund vorhandener Refinanzierungs-Fazilitäten über den Cash-Pool der Solvay S.A., Brüssel/Belgien, nicht gegeben. Geldanlagen werden im Rahmen dieses Cash-Managements bei der Solvay S.A. getätigt.

Währungsrisiken werden allgemein aufgefangen durch die Übertragung der Fremdwährungsforderungen und -verbindlichkeiten auf ein mit der obersten Muttergesellschaft verbundenes Unternehmen, Solvay S.A., Brüssel/Belgien.

Solvay berücksichtigt Indexschwankungen in seinen Verkaufspreisen sowohl für Fertigprodukte als auch für Nebengeschäfte. Das verbleibende Risiko wird mit Gas-, Kohle- oder Strom-Hedges abgesichert. Das CO₂-Risiko wird zentral berechnet und durch Absicherungen entsprechend abgedeckt.

Chancen

Im Vergleich zu den oben genannten Risiken sind die wichtigsten Chancen für Solvay Chemicals GmbH die folgenden:

Chancen der Rohstoffversorgung
Absatzmarktchancen

Chancen der Rohstoffversorgung

In Rheinberg sorgt der Bau eines zweiten Kessels „Woodpower 2“ für eine noch stärkere Unabhängigkeit von fossilen Brennstoffen, die aus dem Ausland importiert werden. Die laufende Optimierung von „Woodpower 1“ bietet Möglichkeiten zur Reduzierung des Gasverbrauchs.

In Bernburg haben mehrere Optimierungen die Flexibilität der Anlagen zur Energieerzeugung, insbesondere bei Schwankungen auf den Gas- und Strommärkten, verstärkt. Eine kürzlich durchgeführte Wartung der Kondensationsturbine sichert jetzt die maximale Energieeffizienz des Standorts.

Nicht nur in der Energieerzeugung, sondern auch im Produktionsprozess selbst liegen große Chancen. Das Brikettieren der Staubreste fester Brennstoffe ist heute wirtschaftlich und wird in den Hauptstandorten technisch angewendet.

Zusätzlich kann für die beiden Standorte Rheinberg und Bernburg die im Abschnitt 5 (Forschungs- und Entwicklungsbericht) beschriebene Prozessoptimierung die Rohstoff- und Energiekosten drastisch senken und die Effizienz des Prozesses erheblich steigern.

Absatzmarktchancen

Die verhaltene Nachfrage nach Soda und der höhere Druck durch Importmengen stellen neue Herausforderungen an Werke wie Rheinberg und Bernburg. Starke Lieferkettenverbindungen und langfristige Verträge sorgen jedoch für Umsatzstabilität.

Für Natriumbikarbonat und Derivate ist der Abgasmarkt eine hervorragende Chance, die ein gutes Kosten-Gewinn-Verhältnis bietet. Darüber hinaus ermöglichen zum Beispiel pharmazeutische oder medizinische Anwendungen von Natriumbikarbonat höheren Margen.

Weiterhin wird das Ziel der CO₂-Neutralität im Werk Rheinberg einen neuen Kundenkreis erschließen.

5. Forschungs- und Entwicklungsbericht

Die Solvay Chemicals GmbH selbst betreibt derzeit keine nennenswerten Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten. Diese werden hauptsächlich von der Schwestergesellschaft Solvay Opérations France durchgeführt.

Solvay Opérations France arbeitet an einer Pilotanlage, die den CO₂-Ausstoß, wie auch den Rohstoffeinsatz reduziert, Kalksteinrückstände eliminiert und die Ausbeute des Prozesses erheblich verbessert. Derzeit läuft die Auswahl eines Standortes, um dies im industriellen Maßstab umzusetzen. In den kommenden 30 Jahren will Solvay schrittweise dieses Verfahren in allen Sodawerken einführen, einschließlich bei Solvay Chemicals GmbH.

6. Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289f Abs. 4 HGB²

Seit Anfang 2015 gilt das Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst, um den Anteil weiblicher Führungskräfte in Aufsichtsrat, Vorstand und in den oberen Managementebenen signifikant zu erhöhen.

Mindestzielgrößen sind dabei nicht vorgeschrieben. Vielmehr können die Unternehmen die Zielvorgaben selbst setzen und sich dabei an ihren Unternehmensstrukturen orientieren. Dabei müssen sich die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung an der Vorgabe orientieren, dass bei einem Frauenanteil unter 30 % die jeweils festgesetzten Zielgrößen nicht hinter dem tatsächlichen Status Quo zurückbleiben dürfen.

Die Gremien der Solvay Chemicals GmbH haben am 25. Juli 2022 folgende Zielgrößen für Frauenanteile (Angabe zur Frauenquote) festgelegt, die bis zum 30. Juni 2027 erreicht werden sollen:

Aufsichtsrat: Zwei Personen (33 %)
Geschäftsführung: Eine Person (50%)
Erste Führungsebene: 17 %
Zweite Führungsebene: 17 %

Der Aufsichtsrat der Solvay Chemicals GmbH besteht gemäß den Vorschriften des DrittelbG und gemäß Satzung (§ 10 Abs. 2) aus vier Anteilseignervertretern und zwei Arbeitnehmervertretern. Derzeit sind zwei Frauen und vier Männer im Aufsichtsrat. Die Geschäftsführung der Solvay Chemicals GmbH besteht z. Zt. aus zwei Männern. Sobald eine Neubesetzung in der Geschäftsführung ansteht, soll verstärkt nach einer geeigneten Kandidatin gesucht werden. Zum 31. Dezember 2023 wurde entsprechend die Zielgröße beim Aufsichtsrat erreicht, bei der Geschäftsführung wurde sie nicht erreicht.

² Ungeprüfter Bestandteil des Lageberichts.

Der Frauenanteil in der ersten Führungsebene betrug zum 31. Dezember 2023 17,9 %, in der zweiten Führungsebene 18,8 %. Entsprechend wurden die Zielgrößen erreicht.

Es bleibt anzumerken, dass es sich bei den Standorten in Rheinberg am Niederrhein und Bernburg an der Saale um reine Produktionsstandorte handelt, bei denen sich die Besetzung von Führungspositionen mit geeigneten Frauen als außerordentlich schwierig darstellt.

7. Umweltschutz und Sicherheit

E-PRTR - Pollutant Release and Transfer Register of the European Union

Die Umweltindikationen basierend auf dem sog. E-PRTR werden jährlich bis zum 30. April des Folgejahres an die zuständige Überwachungsbehörde übermittelt. Dieses Verzeichnis (in Deutschland entsprechend das Schadstofffreisetzungs- und Schadstoffverbringungs-Register) informiert außer Emissionen über den Luft- und Wasserpfad auch über jene in den Boden und über Abfallströme.

Ziel dieser Berichtspflichten ist es, vergleichbare Emissionsdaten einzelner industrieller Bereiche und Tätigkeitsfelder in einer gemeinsamen Datenbank zu speichern und als Informationsquelle zugänglich zu machen.

Die nationale Abfrage der Solvay Chemicals GmbH für das Jahr 2023 ist bis Ende April 2024 den Behörden bereitzustellen.

Entsprechend den europäischen Regelungen stehen die Daten der aktuellen Berichterstattungsperiode (2023) auf den entsprechenden Internetseiten der EU-Kommission ab September 2024 zur Verfügung.

Zu Beginn des Jahres 2013 wurde die IED (Industrial Emission Directive) der EU in deutsches Recht überführt. In diesem Zusammenhang ergaben sich umfangreiche Neuerungen, auch die Solvay Chemicals GmbH betreffend. Unter anderem ist nun bei Neuanlagen und wesentlichen Änderungen der bestehenden Anlagen den Behörden ein Ausgangszustandsbericht vorzulegen. Des Weiteren erfolgen nun turnusmäßig sogenannte risikobasierte, medienübergreifende Umweltinspektionen, deren Ergebnisse durch die Überwachungsbehörde im Internet veröffentlicht werden.

Unfälle

Seit Juli 2020 wurde die Klassifizierung und das Reporting von Unfällen in der Solvay Gruppe auf die GRI (Global Reporting Initiative ref. 43) angepasst, die den amerikanischen OSHA-Standard als Referenz verwendet. Unfälle werden als RII (Reportable Injury and Illness) und LTII (Lost Time Injury and Illness) klassifiziert.

Im Berichtsjahr 2023 war ein eigener Mitarbeiter in Rheinberg in einen meldepflichtigen Unfall (RII-H) verwickelt, dieser hatte Ausfallzeiten zur Folge (LTII).

Bei den Partnerfirmen kam es ebenfalls zu einem schweren Unfall (mit Ausfallzeit, die jedoch nicht für Solvay berücksichtigt wird) in Bernburg (RII-H) (Vorjahr: drei RII, davon drei LTII).

Die Unfallrate wird pro 200.000 anstatt 1.000.000 Arbeitsstunden, wie bei den Berufsgenossenschaften üblich, berechnet. Für die Solvay Chemicals GmbH ergibt sich aus 2 RII-H eine RIIR von 0,19 (Vorjahr: 0,29) bzw. aus 1 LTII eine LTIIR von 0,09 (Vorjahr: 0,29).

Um das Unfallgeschehen zu verbessern, wurden Schulungen zur Verhaltensprävention weitergeführt. Nach den werksinternen Gesprächsrunden (Rheinberg: "1 Stunde für Deine Sicherheit" und Bernburg: "Ändern von Gewohnheiten") im Jahr 2022 wurden weitere Workshops mit externer Unterstützung in 2023 begonnen und werden in 2024 fortgeführt.

Hannover, den 5. Juni 2024

Solvay Chemicals GmbH

Norbert Mülders

Hugo Walravens

Solvay Chemicals GmbH, Hannover				P A S S I V A	
Bilanz zum 31. Dezember 2023					
Tätigkeitsbereich "Elektrizitätsverteilung"					
A K T I V A	31.12.2023 EUR	31.12.2022 EUR		31.12.2023 EUR	31.12.2022 EUR
A. <u>Anlagevermögen:</u>			A. <u>Eigenkapital:</u>		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände:			Zugeordnetes Eigenkapital	2.130.348,58	2.130.348,58
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	21.119,00	22.636,00			
II. Sachanlagen:			B. <u>Rückstellungen:</u>		
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	0,00	0,00	1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	1.095.595,00	830.980,00
2. Technische Anlagen und Maschinen	3.322.877,00	3.767.055,00	2. Sonstige Rückstellungen	958.007,75	866.924,77
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.741,00	3.331,00			
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	2.545.975,38	411.094,15		2.053.602,75	1.697.904,77
	5.870.593,38	4.181.480,15			
	5.891.712,38	4.204.116,15	C. <u>Verbindlichkeiten:</u>		
B. <u>Umlaufvermögen:</u>			1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	9.770.765,85	9.406.823,74
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände:			2. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	473.882,22	470.730,76
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	5.492.545,79	1.847.411,94	3. Verbindlichkeiten gegen andere Unternehmensbereiche	213.769,16	405.358,76
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	7.955.984,86	12.276.289,59	4. Sonstige Verbindlichkeiten	5.863.610,62	5.570.251,21
3. Forderungen gegen andere Unternehmensbereiche	697.481,13	476.328,27		16.322.027,85	15.853.164,47
4. Sonstige Vermögensgegenstände	467.500,78	866.761,37			
	14.613.512,56	15.466.791,17			
C. <u>Rechnungsabgrenzungsposten</u>	754,24	10.510,50			
Bilanzsumme	20.505.979,18	19.681.417,82	Bilanzsumme	20.505.979,18	19.681.417,82

Hannover, den 5. Juni 2024

Solvay Chemicals GmbH

Hugo Walravens

Norbert Mülders

Solvay Chemicals Gmb, Hannover		2023		2022	
Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 01.01. bis 31.12.2023					
Tätigkeitsbereich "Elektrizitätsverteilung"		EUR	EUR	EUR	EUR
1.	Umsatzerlöse	6.986.775,84		8.003.647,12	
	Innenumsätze	<u>5.055.269,41</u>	12.042.045,25	<u>4.327.888,10</u>	12.331.535,22
2.	Gesamtleistung		12.042.045,25		12.331.535,22
3.	Sonstige betriebliche Erträge		8.000,27		236.447,23
4.	Materialaufwand:				
a)	Aufwendungen für Roh-,Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	6.774.476,90		7.655.039,69	
		1.437.452,95		1.242.755,40	
b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen	0,00		0,00	
	Innenaufwand	<u>361,92</u>	8.212.291,77	<u>434,40</u>	8.898.229,49
5.	Rohergebnis		3.837.753,75		3.669.752,96
6.	Personalaufwand:				
a)	Löhne und Gehälter	435.906,32		492.453,34	
b)	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	<u>469.622,38</u>	905.528,70	<u>89.793,55</u>	582.246,89
7.	Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens		447.285,00		388.233,64
8.	Sonstige betriebliche Aufwendungen		1.805.935,24		1.738.353,19
	Innenaufwand		<u>478.208,21</u>		<u>462.025,11</u>
			200.796,60		498.894,13
9.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		-315.616,66		-46.732,25
10.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen		<u>38.635,12</u>		<u>74.895,62</u>
11.	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		477.778,14		470.730,76
12.	Aufgrund eines Ergebnisabführungsvertrags abgeführter Gewinne		477.778,14		470.730,76
13.	Jahresüberschuss		0,00		0,00
		2023	2022		
zu 6.b) davon für Altersversorgung		391.272,23	903,92		
zu 9.) davon aus verbundenen Unternehmen		312.731,35	40.005,05		
zu 10.) davon Aufwand aus der Aufzinsung		3.746,88	29.445,02		

Hannover, den 5. Juni 2024

Solvay Chemicals GmbH

Hugo Walravens

Norbert Mülders

Solvay Chemicals GmbH, Hannover

Tätigkeitsabschluss für das Geschäftsjahr 2023

Gemäß § 6b Absatz 3 EnWG

Allgemeine Erläuterungen

Die Solvay Chemicals GmbH hat im Jahr 2014 den Teilbetrieb Chlorchemikalien in die Gesellschaft Solvay Chlorovinyls GmbH (seit 30. Juni 2015: INOVYN Deutschland GmbH) ausgegliedert. Im Anschluss wurde diese Gesellschaft in ein Joint Venture eingebracht. Durch die Versorgung des Joint Venture-Unternehmens mit Elektrizität fiel die Solvay Chemicals GmbH unter die Regelungen für vertikal integrierte Energieversorgungsunternehmen. Seit Januar 2016 beliefert die Solvay Chemicals GmbH anstelle der INOVYN Deutschland GmbH die RWE Supply & Trading GmbH und betreibt weiterhin das Netz für die Versorgung der der INOVYN Deutschland GmbH mit Elektrizität.

Basierend auf dem Gesetz über die Elektrizitäts- und Gasversorgung (Energiewirtschaftsgesetz - EnWG) sind vertikal integrierte Energieversorgungsunternehmen i. S. d. § 3 Nr. 38 EnWG verpflichtet, nach § 6b Abs. 3 Satz 1 EnWG jeweils getrennte Konten zu führen und für jede ihrer Tätigkeiten nach § 6b Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 bis 6 EnWG einen gesonderten Tätigkeitsabschluss aufzustellen.

Der Anwendungsbereich umfasst rechtlich selbständige Unternehmen, die zu einer Gruppe verbundener Elektrizitäts- oder Gasunternehmen gehören und mittelbar oder unmittelbar energiespezifische Dienstleistungen erbringen sowie rechtlich selbständige Netzbetreiber und Betreiber von Speicheranlagen.

Für die Solvay Chemicals GmbH ergeben sich hieraus die folgenden Tätigkeitsbereiche:

- Elektrizitätsverteilung
- Andere Tätigkeiten innerhalb des Elektrizitätssektors

Durch die Verwendung separater Buchungskreise tragen wir der Anforderung zur Führung jeweils getrennter Konten für die Tätigkeitsbereiche Rechnung. Des Weiteren stellen wir für den Bereich Elektrizitätsverteilung am Standort Rheinberg einen Tätigkeitsabschluss gemäß den Anforderungen des § 6b Abs. 3 EnWG auf.

Im Hinblick auf die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden, die dem Tätigkeitsabschluss zugrunde gelegt wurden, verweisen wir auf die Angaben im Jahresabschluss zum 31. Dezember 2023 der Solvay Chemicals GmbH.

Erläuterungen zur Tätigkeits-Bilanz (Werte in TEUR)

Alle Aktiva und Passiva wurden den Tätigkeitsbereichen direkt zugeordnet. Auf Grund der Verwendung separater Buchungskreise war eine Schlüsselung nicht erforderlich.

Anlagevermögen (Werte in EUR)

Anlageposten	Anschaffungs-/ Herstellungskosten				Endbestand
	Anfangsbestand	Zugänge	Abgänge	Umbuchungen	
I. Immaterielle Vermögensgegenstände					
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	40.348	0	0	0	40.348
II. Sachanlagen					
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	1.194.593	0	0	0	1.194.593
2. Technische Anlagen und Maschinen	24.667.777	0		0	24.667.777
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	58.667	0	0	0	58.667
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	411.094	2.134.881	0	0	2.545.975
	26.332.132	2.134.881	0	0	28.467.013
	26.372.480	2.134.881	0	0	28.507.361

Anlageposten	kumulierte Abschreibungen				Buchwert	Buchwert
	Anfangsbestand	Zugang	Abgang	Endbestand	GJ-Beg	Ende GJ
I. Immaterielle Vermögensgegenstände						
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	-17.712	-1.517	0	-19.229	22.636	21.119
II. Sachanlagen						
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	-1.194.593	0	0	-1.194.593	0	0
2. Technische Anlagen und Maschinen	-20.900.722	-444.178	0	-21.344.900	3.767.055	3.322.877
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	-55.336	-1.590	0	-56.926	3.331	1.741
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	0	0	0	0	411.094	2.545.975
	-22.150.652	-445.768	0	-22.596.420	4.181.480	5.870.593
	-22.168.364	-447.285	0	-22.615.649	4.204.116	5.891.712

Ersatzteile, die nur zum Einbau in Maschinen oder technische Anlagen vorgesehen sind, werden im Anlagevermögen ausgewiesen, sofern sie einen Anschaffungswert von mindestens TEUR 15 haben.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

	TEUR 31.12.2023	TEUR 31.12.2022
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	5.493	1.847
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	7.956	12.276
Forderungen gegen andere Unternehmensbereiche	697	476
Sonstige Vermögensgegenstände	468	867
	<u>14.614</u>	<u>15.467</u>

Von den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen haben TEUR 4.763 (Vorjahr: TEUR 1.748) eine Restlaufzeit bis zu einem Jahr sowie TEUR 730 (Vorjahr: TEUR 99) eine Restlaufzeit von mehr als 1 Jahr. Alle anderen Forderungen haben wie im Vorjahr eine Restlaufzeit bis zu einem Jahr.

Forderungen gegen und Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen werden saldiert, wenn die Voraussetzungen für eine Aufrechnung gegeben sind.

Die Forderungen gegen verbundene Unternehmen resultieren in Höhe von TEUR 7.986 (Vorjahr: TEUR 12.276) aus dem Cash-Pool-Saldo mit Solvay S.A. Diese wurden saldiert mit Verbindlichkeiten aus dem Lieferungs- und Leistungsverkehr mit Solvay S.A in Höhe von TEUR 30 (Vorjahr: TEUR 0). Forderungen gegen die Gesellschafterin SOLVAY GmbH bestehen wie im Vorjahr nicht.

Die Gesellschaft veräußert Forderungen aus Lieferungen und Leistungen im Rahmen einer Factoring-Vereinbarung mit der Solvay S.A., Brüssel, Belgien. Das Delkredererisiko wird dabei in voller Höhe auf die Solvay S.A. übertragen. Das Factoring bewirkt eine Verminderung des Forderungsbestands bei der Solvay Chemicals GmbH. Die an die Solvay S.A. veräußerten Forderungen belaufen sich (einschließlich Umsatzsteuer) zum 31. Dezember 2023 auf TEUR 1.218 (Vorjahr: TEUR 229).

Die aktiven Rechnungsabgrenzungsposten enthalten Ausgaben vor dem Abschlussstichtag, die Aufwand für eine bestimmte Zeit nach diesem Tag darstellen.

Eigenkapital

Das Eigenkapital ergibt sich als Residualgröße aus der erstmaligen direkten Zuordnung der Bilanzpositionen.

Das Eigenkapital hat folgende Zusammensetzung:

	TEUR 31.12.2023	TEUR 31.12.2022
Zugeordnetes Eigenkapital	<u>2.130</u>	<u>2.130</u>

Der Jahresüberschuss des Jahres 2023 in Höhe TEUR 478 (Vorjahr: TEUR 471) wird an die Gesellschafterin abgeführt.

Pensionsverpflichtungen

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen werden nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren (Projected-Unit-Credit-Methode) auf der Grundlage der biometrischen Rechnungsgrundlagen der „Richttafeln 2018 G“ von Prof. Dr. Heubeck bewertet. Zukünftig erwartete Entgelt- und Rentensteigerungen werden in den versicherungsmathematischen Berechnungen und Annahmen angemessen berücksichtigt. Dabei wird wie im Vorjahr von einer Gehaltsdynamik von 3,50 % p.a. und einer Rentendynamik von 2,5 % p.a. bzw. 1,00 % p.a. je nach Versorgungsordnung ausgegangen. Bei den Anwartschaften wird von einer Fluktuation von 1,52 % p.a. - 9,74 % p.a. (Vorjahr: 1,32 % p.a. – 3,58 % p.a.) gestaffelt nach Alter ausgegangen. Der Abzinsungssatz für die Verpflichtungen beläuft sich auf 1,83 % p. a. (Vorjahr: 1,78% p.a.). Hierbei handelt es sich um den von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten durchschnittlichen Marktzinssatz

der vergangenen zehn Geschäftsjahre für eine angenommene Restlaufzeit von 15 Jahren. Durch eine Veränderung des Abzinsungssatzes bedingte Wertänderungen der Pensionsverpflichtungen werden im Zinsergebnis erfasst.

Bei der Berechnung der Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen wurde ein Zinssatz von 1,83% p.a. (Vorjahr: 1,78 % p.a.) angesetzt. Unter Anwendung des für den Bilanzstichtag veröffentlichten durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Geschäftsjahre von 1,75 % p.a. ergibt sich ein Unterschiedsbetrag i. S. d. § 253 Abs. 6 Satz 1 HGB in Höhe von TEUR 16 (Vorjahr: TEUR 43). Dieser unterliegt gemäß § 253 Abs. 6 Satz 2 HGB einer Ausschüttungssperre.

Sonstige Rückstellungen

Bei den sonstigen Rückstellungen handelt es sich im Wesentlichen um Rückstellungen für ausstehende Rechnungen aus Lieferungen und Leistungen, Leasingverbindlichkeiten und Personalkosten.

Verbindlichkeiten

	TEUR 31.12.2023	TEUR 31.12.2022
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	9.771	9.407
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	474	471
Verbindlichkeiten gegenüber anderen Unternehmensbereichen	214	405
Sonstige Verbindlichkeiten	5.863	5.570
	<u>16.322</u>	<u>15.853</u>

Von den Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen haben TEUR 9.572 (Vorjahr: TEUR 9.108) eine Restlaufzeit bis zu einem Jahr sowie TEUR 199 (Vorjahr: TEUR 299) eine Restlaufzeit zwischen 1 und 5 Jahren. Alle Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen sowie gegenüber anderen Unternehmensbereichen haben wie im Vorjahr eine Restlaufzeit bis zu einem Jahr. Von den sonstigen Verbindlichkeiten haben TEUR 3.874 (Vorjahr: TEUR 3.407) eine Restlaufzeit bis zu einem Jahr, TEUR 782 (Vorjahr: TEUR 964) eine Restlaufzeit zwischen 1 und 5 Jahren sowie TEUR 1.207 (Vorjahr: TEUR 1.199) eine Restlaufzeit über 5 Jahren.

Von den Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen entfallen TEUR 474 (Vorjahr: TEUR 471) auf die Gesellschafterin SOLVAY GmbH. Die Verbindlichkeiten gegenüber der Gesellschafterin stammen mit TEUR 478 aus dem Ergebnisabführungsvertrag und wurden saldiert mit Forderungen aus dem Lieferungs- und Leistungsverkehr mit in Höhe von TEUR 4 (Vorjahr: TEUR 0). Weitere Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen aus dem Lieferungs- und Leistungsverkehr bestehen wie im Vorjahr nicht.

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung (Werte in TEUR)

Sämtliche Posteninhalte der Gewinn- und Verlustrechnung wurden, soweit dies mit vertretbarem Aufwand möglich war, den Tätigkeitsabschlussposten einzeln direkt zugeordnet und nur zu einem geringen Teil geschlüsselt.

Bei der Weiterverteilung der nicht direkt zugeordneten Kosten sind stetige Verteilungsschlüssel unter Verwendung der folgenden Grundlagen angewendet worden:

- Anschaffungs- und Herstellungskosten bzw. Versicherungswerte des Anlagevermögens,
- Anzahl der Beschäftigten,
- Corporate Business Service Kosten (CBS)

Die Leistungsverrechnung erfolgt auf Basis der entsprechenden Ist-Kosten.

Die Verrechnung der Netzentgelte des geschlossenen Verteilernetzes der Solvay Chemicals GmbH Rheinberg mit den am Standort ansässigen Unternehmen erfolgt gemäß den entsprechenden Vorgaben des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) sowie auf Basis der bestehenden Netzverträge zwischen der Solvay Chemicals GmbH als Netzbetreiberin und den Unternehmen. Die Berechnung der allgemein gültigen Netzentgelte erfolgt jährlich auf Basis der Stromnetzentgeltverordnung (StromNEV).

Die Gewinn- und Verlustrechnung wurde nach dem Gesamtkostenverfahren erstellt.

Umsatzerlöse

Die Umsatzerlöse wurden ausschließlich im EU-Binnenmarkt erzielt.

Sie entfallen komplett auf Nebengeschäfte.

Materialaufwand

	2023 TEUR	2022 TEUR
Betriebsstoffe	26	78
Energie	8.185	8.820
Sonstige	1	0
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	8.212	8.898
Aufwendungen für bezogene Leistungen	0	0
	<u>8.212</u>	<u>8.898</u>

Personalaufwand

	2023 TEUR	2022 TEUR
Löhne und Gehälter	436	492
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	470	90
- davon für Altersversorgung	(391)	(1)
	<u>906</u>	<u>582</u>

Gem. § 277 Abs. 5 HGB sind Zuführungen zu den Pensions- und sonstigen längerfristigen Personalrückstellungen, soweit sie aus der Aufzinsung der Rückstellungen resultieren, im Zinsergebnis erfasst.

Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen

Die Abschreibungen sind in der Aufstellung „Anlagevermögen“ ausgewiesen.

Sonstige Angaben

Ohne Einbeziehung der Auszubildenden wurden im Berichtsjahr durchschnittlich 5 (Vorjahr: 6) Angestellte beschäftigt.

Ergebnisverwendung

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2023 weist einen Jahresüberschuss von EUR 477.778,14 aus, der aufgrund des Gewinnabführungsvertrags vom 24. März 2000 an die Solvay GmbH, Hannover, abgeführt wird, so dass die Gewinn- und Verlustrechnung ohne Ergebnis abschließt.

Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahrs sind nicht eingetreten.

Hannover, den 5. Juni 2024

Solvay Chemicals GmbH Tätigkeitsbereich Elektrizitätsverteilung

Hugo Walravens

Norbert Mülders

Auftragsbedingungen, Haftung und Verwendungsvorbehalt

Im Prüfungsbericht fasst der Abschlussprüfer die Ergebnisse seiner Arbeit insbesondere für jene Organe des Unternehmens zusammen, denen die Überwachung obliegt. Der Prüfungsbericht hat dabei die Aufgabe, durch die Dokumentation wesentlicher Prüfungsfeststellungen die Überwachung des Unternehmens durch das zuständige Organ zu unterstützen. Er richtet sich daher - unbeschadet eines etwaigen, durch spezialgesetzliche Vorschriften begründeten Rechts Dritter zum Empfang oder zur Einsichtnahme - ausschließlich an Organe des Unternehmens zur unternehmensinternen Verwendung.

Unserer Tätigkeit liegt unser Auftragsbestätigungsschreiben zur Prüfung der vorliegenden Rechnungslegung einschließlich der „Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüferinnen, Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften“ in der vom Institut der Wirtschaftsprüfer herausgegebenen Fassung vom 1. Januar 2024 zugrunde.

Dieser Prüfungsbericht ist ausschließlich dazu bestimmt, Grundlage von Entscheidungen der Organe des Unternehmens zu sein, und ist nicht für andere als bestimmungsgemäße Zwecke zu verwenden, sodass wir Dritten gegenüber keine Verantwortung, Haftung oder anderweitige Pflichten übernehmen, es sei denn, dass wir mit dem Dritten eine anders lautende schriftliche Vereinbarung geschlossen hätten oder ein solcher Haftungsausschluss unwirksam wäre.

Wir weisen ausdrücklich darauf hin, dass wir keine Aktualisierung des Prüfungsberichts und/oder Bestätigungsvermerks hinsichtlich nach der Erteilung des Bestätigungsvermerks eintretender Ereignisse oder Umstände vornehmen, sofern hierzu keine gesetzliche Verpflichtung besteht.

Wer auch immer Informationen dieses Prüfungsberichts zur Kenntnis nimmt, hat eigenverantwortlich zu entscheiden, ob und in welcher Form er diese Informationen für seine Zwecke nützlich und tauglich erachtet und durch eigene Untersuchungshandlungen erweitert, verifiziert oder aktualisiert.

Allgemeine Auftragsbedingungen

für Wirtschaftsprüferinnen, Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften

vom 1. Januar 2024

1. Geltungsbereich

- (1) Die Auftragsbedingungen gelten für Verträge zwischen Wirtschaftsprüferinnen, Wirtschaftsprüfern oder Wirtschaftsprüfungsgesellschaften (im Nachstehenden zusammenfassend „Wirtschaftsprüfer“ genannt) und ihren Auftraggebern über Prüfungen, Steuerberatung, Beratungen in wirtschaftlichen Angelegenheiten und sonstige Aufträge, soweit nicht etwas anderes ausdrücklich in Textform vereinbart oder gesetzlich zwingend vorgeschrieben ist.
- (2) Dritte können nur dann Ansprüche aus dem Vertrag zwischen Wirtschaftsprüfer und Auftraggeber herleiten, wenn dies vereinbart ist oder sich aus zwingenden gesetzlichen Regelungen ergibt. Im Hinblick auf solche Ansprüche gelten diese Auftragsbedingungen auch diesen Dritten gegenüber. Einreden und Einwendungen aus dem Vertragsverhältnis mit dem Auftraggeber stehen dem Wirtschaftsprüfer auch gegenüber Dritten zu.

2. Umfang und Ausführung des Auftrags

- (1) Gegenstand des Auftrags ist die vereinbarte Leistung, nicht ein bestimmter wirtschaftlicher Erfolg. Der Auftrag wird nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berufsausübung ausgeführt. Der Wirtschaftsprüfer übernimmt im Zusammenhang mit seinen Leistungen keine Aufgaben der Geschäftsführung. Der Wirtschaftsprüfer ist für die Nutzung oder Umsetzung der Ergebnisse seiner Leistungen nicht verantwortlich. Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sich zur Durchführung des Auftrags sachverständiger Personen zu bedienen.
- (2) Die Berücksichtigung ausländischen Rechts bedarf – außer bei betriebswirtschaftlichen Prüfungen – der ausdrücklichen Vereinbarung in Textform.
- (3) Ändert sich die Sach- oder Rechtslage nach Abgabe der abschließenden beruflichen Äußerung, so ist der Wirtschaftsprüfer nicht verpflichtet, den Auftraggeber auf Änderungen oder sich daraus ergebende Folgen hinzuweisen.

3. Mitwirkungspflichten des Auftraggebers

- (1) Der Auftraggeber hat dafür zu sorgen, dass dem Wirtschaftsprüfer alle für die Ausführung des Auftrags notwendigen Unterlagen und weiteren Informationen rechtzeitig übermittelt werden und ihm von allen Vorgängen und Umständen Kenntnis gegeben wird, die für die Ausführung des Auftrags von Bedeutung sein können. Dies gilt auch für die Unterlagen und weiteren Informationen, Vorgänge und Umstände, die erst während der Tätigkeit des Wirtschaftsprüfers bekannt werden. Der Auftraggeber wird dem Wirtschaftsprüfer geeignete Auskunftspersonen benennen.
- (2) Auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers hat der Auftraggeber die Vollständigkeit der vorgelegten Unterlagen und der weiteren Informationen sowie der gegebenen Auskünfte und Erklärungen in einer vom Wirtschaftsprüfer formulierten Erklärung in gesetzlicher Schriftform oder einer sonstigen vom Wirtschaftsprüfer bestimmten Form zu bestätigen.

4. Sicherung der Unabhängigkeit

- (1) Der Auftraggeber hat alles zu unterlassen, was die Unabhängigkeit der Mitarbeiter des Wirtschaftsprüfers gefährdet. Dies gilt für die Dauer des Auftragsverhältnisses insbesondere für Angebote auf Anstellung oder Übernahme von Organfunktionen und für Angebote, Aufträge auf eigene Rechnung zu übernehmen.
- (2) Sollte die Durchführung des Auftrags die Unabhängigkeit des Wirtschaftsprüfers, die der mit ihm verbundenen Unternehmen, seiner Netzwerkunternehmen oder solcher mit ihm assoziierten Unternehmen, auf die die Unabhängigkeitsvorschriften in gleicher Weise Anwendung finden wie auf den Wirtschaftsprüfer, in anderen Auftragsverhältnissen beeinträchtigen, ist der Wirtschaftsprüfer zur außerordentlichen Kündigung des Auftrags berechtigt.

5. Berichterstattung und mündliche Auskünfte

Soweit der Wirtschaftsprüfer Ergebnisse im Rahmen der Bearbeitung des Auftrags in gesetzlicher Schriftform oder Textform darzustellen hat, ist allein diese Darstellung maßgebend. Entwürfe solcher Darstellungen sind

unverbindlich. Sofern nicht anders gesetzlich vorgesehen oder vertraglich vereinbart, sind mündliche Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers nur dann verbindlich, wenn sie in Textform bestätigt werden. Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers außerhalb des erteilten Auftrags sind stets unverbindlich.

6. Weitergabe einer beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers

- (1) Die Weitergabe beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers (Arbeitsergebnisse oder Auszüge von Arbeitsergebnissen – sei es im Entwurf oder in der Endfassung) oder die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber an einen Dritten bedarf der in Textform erteilten Zustimmung des Wirtschaftsprüfers, es sei denn, der Auftraggeber ist zur Weitergabe oder Information aufgrund eines Gesetzes oder einer behördlichen Anordnung verpflichtet.
- (2) Die Verwendung beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers und die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber zu Werbezwecken durch den Auftraggeber sind unzulässig.

7. Mängelbeseitigung

- (1) Bei etwaigen Mängeln hat der Auftraggeber Anspruch auf Nacherfüllung durch den Wirtschaftsprüfer. Nur bei Fehlschlägen, Unterlassen bzw. unberechtigter Verweigerung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung kann er die Vergütung mindern oder vom Vertrag zurücktreten; ist der Auftrag nicht von einem Verbraucher erteilt worden, so kann der Auftraggeber wegen eines Mangels nur dann vom Vertrag zurücktreten, wenn die erbrachte Leistung wegen Fehlschlagens, Unterlassung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung für ihn ohne Interesse ist. Soweit darüber hinaus Schadensersatzansprüche bestehen, gilt Nr. 9.
- (2) Ein Nacherfüllungsanspruch aus Abs. 1 muss vom Auftraggeber unverzüglich in Textform geltend gemacht werden. Nacherfüllungsansprüche nach Abs. 1, die nicht auf einer vorsätzlichen Handlung beruhen, verjähren nach Ablauf eines Jahres ab dem gesetzlichen Verjährungsbeginn.
- (3) Offenbare Unrichtigkeiten, wie z.B. Schreibfehler, Rechenfehler und formelle Mängel, die in einer beruflichen Äußerung (Bericht, Gutachten und dgl.) des Wirtschaftsprüfers enthalten sind, können jederzeit vom Wirtschaftsprüfer auch Dritten gegenüber berichtigt werden. Unrichtigkeiten, die geeignet sind, in der beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers enthaltene Ergebnisse infrage zu stellen, berechtigen diesen, die Äußerung auch Dritten gegenüber zurückzunehmen. In den vorgenannten Fällen ist der Auftraggeber vom Wirtschaftsprüfer tunlichst vorher zu hören.

8. Schweigepflicht gegenüber Dritten, Datenschutz

- (1) Der Wirtschaftsprüfer ist nach Maßgabe der Gesetze (§ 323 Abs. 1 HGB, § 43 WPO, § 203 StGB) verpflichtet, über Tatsachen und Umstände, die ihm bei seiner Berufstätigkeit anvertraut oder bekannt werden, Stillschweigen zu bewahren, es sei denn, dass der Auftraggeber ihn von dieser Schweigepflicht entbindet.
- (2) Der Wirtschaftsprüfer wird bei der Verarbeitung von personenbezogenen Daten die nationalen und europarechtlichen Regelungen zum Datenschutz beachten.

9. Haftung

- (1) Für gesetzlich vorgeschriebene Leistungen des Wirtschaftsprüfers, insbesondere Prüfungen, gelten die jeweils anzuwendenden gesetzlichen Haftungsbeschränkungen, insbesondere die Haftungsbeschränkung des § 323 Abs. 2 HGB.
- (2) Sofern weder eine gesetzliche Haftungsbeschränkung Anwendung findet noch eine einzelvertragliche Haftungsbeschränkung besteht, ist der Anspruch des Auftraggebers aus dem zwischen ihm und dem Wirtschaftsprüfer bestehenden Vertragsverhältnis auf Ersatz eines fahrlässig verursachten Schadens, mit Ausnahme von Schäden aus der Verletzung von Leben, Körper und Gesundheit sowie von Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen, gemäß § 54a Abs. 1 Nr. 2 WPO auf 4 Mio. € beschränkt. Gleiches gilt für Ansprüche, die Dritte aus oder im Zusammenhang mit dem Vertragsverhältnis gegenüber dem Wirtschaftsprüfer geltend machen.

(3) Leiten mehrere Anspruchsteller aus dem mit dem Wirtschaftsprüfer bestehenden Vertragsverhältnis Ansprüche aus einer fahrlässigen Pflichtverletzung des Wirtschaftsprüfers her, gilt der in Abs. 2 genannte Höchstbetrag für die betreffenden Ansprüche aller Anspruchsteller insgesamt.

(4) Der Höchstbetrag nach Abs. 2 bezieht sich auf einen einzelnen Schadensfall. Ein einzelner Schadensfall ist auch bezüglich eines aus mehreren Pflichtverletzungen stammenden einheitlichen Schadens gegeben. Der einzelne Schadensfall umfasst sämtliche Folgen einer Pflichtverletzung ohne Rücksicht darauf, ob Schäden in einem oder in mehreren aufeinanderfolgenden Jahren entstanden sind. Dabei gilt mehrfaches auf gleicher oder gleichartiger Fehlerquelle beruhendes Tun oder Unterlassen als einheitliche Pflichtverletzung, wenn die betreffenden Angelegenheiten miteinander in rechtlichem oder wirtschaftlichem Zusammenhang stehen. In diesem Fall kann der Wirtschaftsprüfer nur bis zur Höhe von 5 Mio. € in Anspruch genommen werden.

(5) Ein Schadensersatzanspruch erlischt, wenn nicht innerhalb von sechs Monaten nach der in Textform erklärten Ablehnung der Ersatzleistung Klage erhoben wird und der Auftraggeber auf diese Folge hingewiesen wurde. Dies gilt nicht für Schadensersatzansprüche, die auf vorsätzliches Verhalten zurückzuführen sind, sowie bei einer schuldhaften Verletzung von Leben, Körper oder Gesundheit sowie bei Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen. Das Recht, die Einrede der Verjährung geltend zu machen, bleibt unberührt.

(6) § 323 HGB bleibt von den Regelungen in Abs. 2 bis 5 unberührt.

10. Ergänzende Bestimmungen für Prüfungsaufträge

(1) Ändert der Auftraggeber nachträglich den durch den Wirtschaftsprüfer geprüften und mit einem Bestätigungsvermerk versehenen Abschluss oder Lagebericht, darf er diesen Bestätigungsvermerk nicht weiterverwenden.

Hat der Wirtschaftsprüfer einen Bestätigungsvermerk nicht erteilt, so ist ein Hinweis auf die durch den Wirtschaftsprüfer durchgeführte Prüfung im Lagebericht oder an anderer für die Öffentlichkeit bestimmter Stelle nur mit in gesetzlicher Schriftform erteilter Einwilligung des Wirtschaftsprüfers und mit dem von ihm genehmigten Wortlaut zulässig.

(2) Widerruft der Wirtschaftsprüfer den Bestätigungsvermerk, so darf der Bestätigungsvermerk nicht weiterverwendet werden. Hat der Auftraggeber den Bestätigungsvermerk bereits verwendet, so hat er auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers den Widerruf bekanntzugeben.

(3) Der Auftraggeber hat Anspruch auf fünf Berichtsausfertigungen. Weitere Ausfertigungen werden besonders in Rechnung gestellt.

11. Ergänzende Bestimmungen für Hilfeleistung in Steuersachen

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sowohl bei der Beratung in steuerlichen Einzelfragen als auch im Falle der Dauerberatung die vom Auftraggeber genannten Tatsachen, insbesondere Zahlenangaben, als richtig und vollständig zugrunde zu legen; dies gilt auch für Buchführungsaufträge. Er hat jedoch den Auftraggeber auf von ihm festgestellte wesentliche Unrichtigkeiten hinzuweisen.

(2) Der Steuerberatungsauftrag umfasst nicht die zur Wahrung von Fristen erforderlichen Handlungen, es sei denn, dass der Wirtschaftsprüfer hierzu ausdrücklich den Auftrag übernommen hat. In diesem Fall hat der Auftraggeber dem Wirtschaftsprüfer alle für die Wahrung von Fristen wesentlichen Unterlagen, insbesondere Steuerbescheide, so rechtzeitig vorzulegen, dass dem Wirtschaftsprüfer eine angemessene Bearbeitungszeit zur Verfügung steht.

(3) Mangels einer anderweitigen Vereinbarung in Textform umfasst die laufende Steuerberatung folgende, in die Vertragsdauer fallenden Tätigkeiten:

- a) Ausarbeitung und elektronische Übermittlung der Jahressteuererklärungen, einschließlich E-Bilanzen, für die Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer, und zwar auf Grund der vom Auftraggeber vorzulegenden Jahresabschlüsse und sonstiger für die Besteuerung erforderlichen Aufstellungen und Nachweise
- b) Nachprüfung von Steuerbescheiden zu den unter a) genannten Steuern
- c) Verhandlungen mit den Finanzbehörden im Zusammenhang mit den unter a) und b) genannten Erklärungen und Bescheiden
- d) Mitwirkung bei Betriebsprüfungen und Auswertung der Ergebnisse von Betriebsprüfungen hinsichtlich der unter a) genannten Steuern
- e) Mitwirkung in Einspruchs- und Beschwerdeverfahren hinsichtlich der unter a) genannten Steuern.

Der Wirtschaftsprüfer berücksichtigt bei den vorgenannten Aufgaben die wesentliche veröffentlichte Rechtsprechung und Verwaltungsauffassung.

(4) Erhält der Wirtschaftsprüfer für die laufende Steuerberatung ein Pauschalhonorar, so sind mangels anderweitiger Vereinbarungen in Textform die unter Abs. 3 Buchst. d) und e) genannten Tätigkeiten gesondert zu honorieren.

(5) Sofern der Wirtschaftsprüfer auch Steuerberater ist und die Steuerberatervergütungsverordnung für die Bemessung der Vergütung anzuwenden ist, kann eine höhere oder niedrigere als die gesetzliche Vergütung in Textform vereinbart werden.

(6) Die Bearbeitung besonderer Einzelfragen der Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer und Einheitsbewertung sowie aller Fragen der Umsatzsteuer, Lohnsteuer, sonstigen Steuern und Abgaben erfolgt auf Grund eines besonderen Auftrags. Dies gilt auch für

- a) die Bearbeitung einmalig anfallender Steuerangelegenheiten, z.B. auf dem Gebiet der Erbschaftsteuer und Grunderwerbsteuer,
- b) die Mitwirkung und Vertretung in Verfahren vor den Gerichten der Finanz- und der Verwaltungsgerichtsbarkeit sowie in Steuerstrafsachen,
- c) die beratende und gutachtliche Tätigkeit im Zusammenhang mit Umwandlungen, Kapitalerhöhung und -herabsetzung, Sanierung, Eintritt und Ausscheiden eines Gesellschafters, Betriebsveräußerung, Liquidation und dergleichen und
- d) die Unterstützung bei der Erfüllung von Anzeige- und Dokumentationspflichten.

(7) Soweit auch die Ausarbeitung der Umsatzsteuerjahreserklärung als zusätzliche Tätigkeit übernommen wird, gehört dazu nicht die Überprüfung etwaiger besonderer buchmäßiger Voraussetzungen sowie die Frage, ob alle in Betracht kommenden umsatzsteuerrechtlichen Vergünstigungen wahrgenommen worden sind. Eine Gewähr für die vollständige Erfassung der Unterlagen zur Geltendmachung des Vorsteuerabzugs wird nicht übernommen.

12. Elektronische Kommunikation

Die Kommunikation zwischen dem Wirtschaftsprüfer und dem Auftraggeber kann auch per E-Mail erfolgen. Soweit der Auftraggeber eine Kommunikation per E-Mail nicht wünscht oder besondere Sicherheitsanforderungen stellt, wie etwa die Verschlüsselung von E-Mails, wird der Auftraggeber den Wirtschaftsprüfer entsprechend in Textform informieren.

13. Vergütung

(1) Der Wirtschaftsprüfer hat neben seiner Gebühren- oder Honorarforderung Anspruch auf Erstattung seiner Auslagen; die Umsatzsteuer wird zusätzlich berechnet. Er kann angemessene Vorschüsse auf Vergütung und Auslagenersatz verlangen und die Auslieferung seiner Leistung von der vollen Befriedigung seiner Ansprüche abhängig machen. Mehrere Auftraggeber haften als Gesamtschuldner.

(2) Ist der Auftraggeber kein Verbraucher, so ist eine Aufrechnung gegen Forderungen des Wirtschaftsprüfers auf Vergütung und Auslagenersatz nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen zulässig.

14. Streitschlichtungen

Der Wirtschaftsprüfer ist nicht bereit, an Streitbeilegungsverfahren vor einer Verbraucherschlichtungsstelle im Sinne des § 2 des Verbraucherstreitbeilegungsgesetzes teilzunehmen.

15. Anzuwendendes Recht

Für den Auftrag, seine Durchführung und die sich hieraus ergebenden Ansprüche gilt nur deutsches Recht.